



## Beschluss-Protokoll

der 13. und 14. Sitzung, Amtsjahr 2014-2015

Mittwoch, den 25. Juni 2014, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Christian Egeler, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Regine Smit, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

25. Juni 2014, 09:00 Uhr  
13. Sitzung *André Auderset (LDP), Christophe Haller (FDP), Brigitte Heilbronner (SP), Oskar Herzig (SVP), David Jenny (FDP), Tobit Schäfer (SP).*

25. Juni 2014, 15:00 Uhr  
14. Sitzung *André Auderset (LDP), Sebastian Frehner (SVP), Daniel Goepfert (SP), Christophe Haller (FDP), Oskar Herzig (SVP), Tobit Schäfer (SP), Christian von Wartburg (SP), André Weissen (CVP/EVP).*

### Verhandlungsgegenstände:

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 1.  | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung  | 2  |
| 2.  | Entgegennahme der neuen Geschäfte  | 5  |
| 3.  | Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1699)  | 5  |
| 4.  | Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2013 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2013 der fünf kantonalen Museen  | 6  |
| 5.  | Bericht der Regiokommission zur 2. Lesung betreffend Kantonale Initiative "Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und zum Gegenvorschlag  | 10 |
| 6.  | Ratschlag betreffend eine Änderung der Bewilligungsklausel des Grossratsbeschlusses 07/50/22G vom 13.12.2007: Rahmenkredit für die Jahre 2007 bis 2013/15 für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und an der Europäischen territorialen Zusammenarbeit | 15 |
| 7.  | Ausgabenbericht für einen Investitionsbeitrag an das Haus für elektronische Künste Basel HeK für Innenarchitektur und Ausstattung neues Domizil Freilager-Platz 9  | 16 |
| 8.  | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag über den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur "Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)"   | 16 |
| 9.  | Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2012   | 18 |
| 10. | Ratschlag betreffend Tram 3 Basel - Bahnhof Saint-Louis, Abschnitt Basel-Stadt. Verlängerung der Tramlinie 3, Verlegung der Wendeschleufe, Massnahmen zu Gunsten des Velo- und Fussverkehrs sowie Bericht zu einem Anzug   | 18 |
| 11. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse, Flughafenstrasse, Im Burgfelderhof   | 20 |

12.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Entscheid über konzeptionelle Änderungen am "Neuen Verkehrskonzept Innenstadt". Bericht zu zwei Motionen und zu zwei Anzügen	21
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Verbot der Prostitution Minderjähriger	22
14.	Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Dominique König-Lüdin betreffend Transparenz in den Berufungsverfahren der Universität beider Basel	23
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Frühförderung für alle	23
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	27
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	29
	Anhang C: Neue Vorstösse	32

**Beginn der 13. Sitzung**

Mittwoch, 25. Juni 2014, 09:00 Uhr

**1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung**

[25.06.14 09:00:33, MGT]

**Mitteilungen**

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

**Gratulation**

Zunächst gratuliere ich Lukas Engelberger ganz herzlich im Namen des Grossen Rates zu seiner Wahl in den Regierungsrat. *[Applaus]*

Wir freuen uns auf eine erspriessliche Zusammenarbeit mit dem neuen Mitglied der Kantonsregierung und hoffen, dass sich Lukas Engelberger auch nach dem Transfer in den anderen Club nicht allzu rasch anpasst, sondern sich gelegentlich an die Interessen des Parlamentes erinnert und für dessen Bedürfnisse und Eigenheiten Verständnis aufbringt.

**Rücktritte aus dem Grossen Rat**

Es sind drei Rücktrittsschreiben eingegangen. Wir werden an der Sitzung vom 10. September gleich drei neue Mitglieder der Fraktion CVP/EVP begrüssen können.

**Lukas Engelberger** hat auf den 30. Juli 2014 den Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Der Grund dafür ist eine berufliche Neuorientierung.

In Anbetracht dessen, dass uns Lukas Engelberger in diesem Haus weiterhin begegnen und während den Grossratssitzungen ohnehin permanent anwesend sein wird, verzichte ich auf eine vorläufige politische Würdigung.

**Markus Lehmann** hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni den Rücktritt erklärt.

Er gehörte dem Rat von 1996 bis 2005 und wiederum seit 2009 an. Im Amtsjahr 2011/2012 war er Präsident des Grossen Rates. In der ersten Amtszeit von 1996 bis 2005 war er unter anderem Mitglied der Reformkommission und der Geschäftsprüfungskommission, zeitweise auch der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Seit 2001 ist Markus Lehmann Mitglied des Bankrates und in seinem Präsidialjahr wurde er in den Nationalrat gewählt.

Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat geleisteten Dienste und wünsche ihm beruflich, politisch und persönlich nur das Beste. *[Applaus]*

Schliesslich tritt **André Weissen** per 9. September 2014 aus dem Grossen Rat zurück.

André Weissen rückte im Herbst 2005 für den zurückgetretenen Peter Eichenberger in den Grossen Rat nach. Er war zeitweise Mitglied der Wahlvorbereitungskommission und der JSSK. Seit Januar 2008 ist er Mitglied der Finanzkommission und der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das UKBB, die er 2011 und 2012 präsidierte.

Ich danke auch André Weissen für die dem Staat geleisteten Dienste und wünsche ihm alles Gute und gesundheitliches Wohlergehen. *[Applaus]*

### Verabschiedung Regierungsrat Carlo Conti

Heute Abend etwa um Viertel vor sechs Uhr werde ich die Sitzung unterbrechen, um Herrn Regierungsrat Carlo Conti hier im Ratsplenum zu verabschieden. Ich bin Ihnen also dankbar, wenn Sie dann noch möglichst zahlreich anwesend sind.

### Fahnenübergabe auf dem Marktplatz

Heute Abend um 18.45 Uhr beginnt auf dem Marktplatz die Fahnenübergabe des Basler Richtstrahlbataillon 18.

Das Richtstrahlbataillon 18 hat die Aufgabe, eine Richtstrahlknoten-Ebene des integrierten militärischen Fernmeldesystems zu erstellen, zu betreiben und zu sichern. Das Bataillon weist einen Gesamtbestand von rund 850 Personen auf.

Wegen diesem Anlass werden heute Abend um 18.30 Uhr die Eingangstore des Rathauses geschlossen. Sie müssten Ihre Fahrräder also vorher aus dem Rathaushof führen.

### Geburtstag

Unser Ratskollege Thomas Grossenbacher hat kürzlich einen runden Geburtstag irgendwo in der Mitte des Lebens gefeiert. Er lädt uns heute Morgen zum Kaffee ein. Wir danken ihm dafür und gratulieren ihm herzlich.

### Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich die Klasse 2a der Orientierungsschule Thomas Platter / Wettstein Schulhaus mit ihrem Lehrer Samuel Steiner.

Im Geschichtsunterricht haben die Schülerinnen und Schüler die Entstehung der Demokratie in Athen unter Perikles kennen gelernt. In diesem Zusammenhang ein kleiner Exkurs um demokratischen System der Schweiz und des Kantons Basel Stadt besser zu verstehen. Ich heisse Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine lehrreiche Lektion im Fach „Politik am Tatort“.

### Tagesordnung

Wie immer an der Bündelitagssitzung werden keine neuen Interpellationen und Vorstösse traktandiert.

Die **Bau- und Raumplanungskommission beantragt**, das Geschäft 11, den Bericht zum Ratschlag Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse, Flughafenstrasse, Im Burgfelderhof **mit Dringlichkeit** gemäss § 20 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung **auf die Tagesordnung zu setzen**, weil der Bericht weniger als drei Wochen vor der Grossratssitzung zugestellt wurde. Dazu bedarf es der Zustimmung von zwei Drittel der Stimmenden, wobei die Stimmenthaltungen nicht berücksichtigt werden.

### Abstimmung

Dringlichkeit Geschäft 11, Bericht BRK Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse

JA heisst Dringlichkeit, NEIN heisst Behandlung im September (Zweidrittelmehr)

### Ergebnis der Abstimmung

**74 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 603, 25.06.14 09:07:39]

### Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft 11, den Bericht zum Ratschlag Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse mit Dringlichkeit zu behandeln.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[25.06.14 09:08:05, ENG]

### Zuweisungen

*Joël Thüring (SVP):* verlangt, dass das Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Aufhebung der Parkplätze am Unteren Rheinweg (11.5173.02) **an den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung überwiesen** wird.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Wir werden das Geschäft an der Grossratsitzung vom 10. / 17. Sept. traktandieren.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend was sind die Voraussetzungen dafür, um Staatsschreiber zu sein? (PD, 14.5178.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Schriftliche Anfragen und Eric Weber (PD, 14.5120.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend die Klingelstrategie - Wahlkampf bei den kommenden Grossratswahlen 2016 (PD, 14.5103.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend ständig neuer Wahlgesetze im Kanton Basel-Stadt, zum Nachteil von Eric Weber (PD, 14.5095.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend 60 Aussenminister, die Ende Jahr in Basel erwartet werden. Wie ist der Stand der Vorbereitungen? (PD, 14.5113.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend spontaner Fragestunde, warum wird dies in Basel nicht gemacht? (PD, 14.5119.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum bekommt nicht jeder Grossrat eine Mail-Anschrift? (PD, 14.5099.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Missgunst, Verleumdung und üble Nachrede in der Politik (PD, 14.5094.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum werden von der Polizei weiterhin die Täter mit Ihrer Nationalität benannt? (JSD, 14.5181.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend politische Rechte - auch für Gefängnisinsassen - wie sind hier die Regelungen? (JSD, 14.5196.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia Bernasconi betreffend Kauf von Liegenschaften mit preisgünstigem Wohnraum (FD, 14.5086.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Steuerverwaltung (FD, 14.5160.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Urs Müller-Walz betreffend Alleingang Rechenzentren JSD (FD, 14.5144.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oswald Inglin betreffend Massnahmen zur Abfederung HarmoS-bedingter Kündigungen auf der Sekundarstufe II (ED, 14.5090.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend muss ein Lehrer einen bestimmten Notendurchschnitt erzielen? (ED, 14.5197.02)
- Bericht des Regierungsrates betreffend Information der IWB Industrielle Werke Basel über die Rechnung 2013 (WSU, 14.0498.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wo können sich einsame Menschen finden? (WSU, 14.5207.02)

- Rücktritt von Markus Lehmann als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2014 (auf den Tisch des Hauses) (14.5279.01)
- Rücktritt von Lukas Engelberger als Mitglied des Grossen Rates per 31. Juli 2014 (auf den Tisch des Hauses) (14.5312.01)
- Rücktritt von André Weissen als Mitglied des Grossen Rates per 9. September 2014 (auf den Tisch des Hauses) (14.5340.01)

### 3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1699)

[25.06.14 09:09:16, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1699 abzuweisen und den Gesuchsteller nicht zu begnadigen.

Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für Beschlüsse über Begnadigungen die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig.

Voten: *Andrea Bollinger, Präsidentin der Begnadigungskommission; Eric Weber (fraktionslos)*

#### Der Grosse Rat

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

#### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

#### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung.** [*Abstimmung # 604, 25.06.14 09:24:47*]

#### Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1699 abzuweisen.

#### 4. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2013 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2013 der fünf kantonalen Museen

[25.06.14 09:25:00, FKom BKK, 14.5250.01, HGR]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, die Staatsrechnung 2013 zu genehmigen.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* gibt den Ablauf der Beratung der Staatsrechnung bekannt:

Wir haben - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Jahresberichte der kantonalen Museen und des Öffentlichen Verkehrs nicht mehr gesondert traktandiert, sondern in Absprache mit den betroffenen Kommissionspräsidien in die Beratung des Berichts der Finanzkommission integriert.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission Seiten 1 - 16 und die Staatsrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht der Präsident der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin und der Präsident des Regierungsrates, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die beiden Mitglieder des Regierungsrates, das zweite Schlusswort hätte nochmals der Präsident der BKK und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des aufgelegten Genehmigungsantrages und die Schlussabstimmung.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

#### Eintretensdebatte

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission; Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

#### Fraktionsvoten

Voten: *Michel Rusterholtz (SVP); Dieter Werthemann (GLP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Andreas Zappalà (FDP); Eveline Rommerskirchen (GB); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP)*

#### Besuch auf der Zuschauertribüne

Ich begrüsse auf der Tribüne eine Gruppe von KV-Lernenden der kantonalen Verwaltung, welche im zweiten Lehrjahr im Rahmen des überbetrieblichen Kurses zum Thema Genehmigungsverfahren am praktischen Beispiel den Prozess zur Genehmigung der Staatsrechnung 2013 mitverfolgen.

Seien Sie uns herzlich willkommen und ich verspreche Ihnen, dass der Grosse Rat alles daran setzt, dass Sie heute etwas profitieren.

#### Einzelvoten

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* fordert Eric Weber auf, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Michael Wüthrich (GB)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission*

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist von Gesetzes wegen erforderlich, Rückweisung wurde nicht beantragt.

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf den Bericht der Finanzkommission **ein**.

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

ich begrüsse auf der Tribüne eine Delegation des Landrats des Kantons Basel-Landschaft, welche wohl nicht wegen der Staatsrechnung, sondern wegen dem nachfolgenden Geschäft, der Fusions-Initiative, bei uns weilt. Ich heisse die Gäste aus dem Baselbiet herzlich willkommen [*Applaus*].

**Detailberatung**

Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departementes das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates.

**Allgemeine Bemerkungen**

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Präsidialdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Bau- und Verkehrsdepartement inkl. Globalbudget ÖV**

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission*

**Erziehungsdepartement**

Voten: *Heidi Mück (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Finanzdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Gesundheitsdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* fordert Brigitta Gerber auf, zur Sache zu sprechen. Wir sind bei der Staatsrechnung und nicht bei den Polizeieinsätzen der letzten Woche.

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Eric Weber (fraktionslos)*



*Christian Egeler, Grossratspräsident:* fordert Eric Weber erneut auf, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

**Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt**

keine Wortmeldungen.

**Gerichte**

keine Wortmeldungen.

**Parlament**

keine Wortmeldungen.

**Regierungsrat**

keine Wortmeldungen.

**Detailberatung**

**Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission inkl. Globalbudget der Museen**

keine Wortmeldungen.

**Antrag**

der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2013.

Eine ergänzte Fassung dieses Grossratsbeschlusses wurde Ihnen aufgelegt.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Staatsrechnung 2013 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letztes Jahr zu genehmigen.

Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Ausserdem beantragt Ihnen die Finanzkommission, vom Bilanzanpassungsbericht des Regierungsrates Kenntnis zu nehmen.

**Schlussabstimmung**

JA heisst Genehmigung der Rechnung, NEIN heisst Nichtgenehmigung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 2 Nein.** [Abstimmung # 605, 25.06.14 11:16:16]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Jahresrechnung 2013 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

**Erfolgsrechnung**

Betriebsergebnis	Fr.	-123'437'836
Finanzergebnis	Fr.	208'827'439
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>Fr.</b>	<b>85'389'603</b>

**Bilanz per 31. Dezember 2013**

Total Finanzvermögen	Fr.	4'833'059'446
Total Verwaltungsvermögen	Fr.	5'705'761'961
<b>Total Aktiven</b>	<b>Fr.</b>	<b>10'538'821'407</b>
Total Fremdkapital	Fr.	-6'867'275'792
Total Eigenkapital	Fr.	-3'671'545'615
<b>Total Passiven</b>	<b>Fr.</b>	<b>-10'538'821'407</b>

**Investitionsrechnung**

Ausgaben	Fr.	-477'365'933
Einnahmen	Fr.	229'797'449
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>Fr.</b>	<b>-247'568'484</b>

Die Geldflussrechnung 2013, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2013 und der Anhang zur Jahresrechnung 2013 (gemäss Kapitel 3.4 bis 3.6 des Jahresberichts 2013) werden genehmigt.

Vom Bilanzanpassungsbericht des Regierungsrates wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 5. Bericht der Regiokommission zur 2. Lesung betreffend Kantonale Initiative "Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und zum Gegenvorschlag

[25.06.14 11:16:40, RegioKo, PD, 13.0438.03, BER]

Die Regiokommission beantragt, dem in Erster Lesung bereinigten Grossratsbeschluss zuzustimmen.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Der Grosse Rat ist am 15. Mai auf den Bericht 13.0438.03 eingetreten und hat eine Detailberatung durchgeführt. Anschliessend hat der Grosse Rat die Durchführung einer Zweiten Lesung beschlossen und die vorberatende Kommission mit der Antragstellung zur Zweiten Lesung beauftragt.

Das Ergebnis dieser Detailberatung wurde Ihnen heute aufgelegt und dient als Grundlage für die Beratung in zweiter Lesung.

Andreas Ungricht hat im Rahmen der ersten Lesung den Antrag gestellt, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen wollen, müssen Sie einfach in der Schlussabstimmung den Gegenvorschlag ablehnen. Aber zuerst muss der Wortlaut des Gegenvorschlags bereinigt werden und definitiv feststehen, bevor man entscheiden kann, ob ein Gegenvorschlag vorgelegt werden soll oder nicht. Aus diesem Grund haben wir nach der ersten Lesung über den Antrag Ungricht nicht abstimmen können.

Wir werden nun zuerst eine allgemeine Debatte über den Gegenvorschlag führen, falls dies notwendig ist. Danach folgt die Detailberatung des Gegenvorschlags in Zweiter Lesung. Nach der Detailberatung entscheiden Sie in einer Schlussabstimmung, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten ist.

Nach der Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag ist ein Beschluss zu den Abstimmungsempfehlungen zur Initiative und allenfalls zur Stichfrage zu fassen.

*Emmanuel Ullmann, Präsident der Regiokommission:* Erläutert die Anträge der Regiokommission zu den Abstimmungsempfehlungen: JA zum Gegenvorschlag. Für die Abstimmungsempfehlungen: JA zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag und in der Stichfrage Bevorzugung des Gegenvorschlags.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

### Fraktionsvoten

*Christine Wirz-von Planta (LDP): beantragt, den Gegenvorschlag abzulehnen.*

*Andreas Ungricht (SVP): beantragt die Initiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen.*

Voten: *Sarah Wyss (SP); Urs Müller-Walz (GB); Helmut Hersberger (FDP)*

### Einzelvoten

*Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten und Rückweisung.*

Voten: *Joël Thüring (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Mirjam Ballmer (GB); Stephan Mumenthaler (FDP)*

### Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Stephan Mumenthaler (FDP)*

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Eric Weber (fraktionslos); Lorenz Nägelin (SVP)*

### Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD)*

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* der Antrag von Eric Weber auf Nichteintreten und Rückweisung sind in dieser Phase des Geschäftes nicht mehr möglich.

### Detailberatung

des Gegenvorschlags (gemäss Tischvorlage)

Titel und Ingress

Römisch I, Änderung der Verfassung

Neuer Abschnittstitel Römisch XI

Neuer § 150, Verfassungsrat

Abs. 1 - 11

Römisch II. Weitere Behandlung unter Vorbehalt des noch zu fassenden Entscheides über die Abstimmungsempfehlungen

Römisch III. Vorbehalt eines inhaltlich übereinstimmenden Gegenvorschlags BL

Römisch IV. Vorgehen bei Rückzug der Initiative

Römisch V. Publikation

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Damit ist die Detailberatung abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Die Kommission beantragt, der Initiative den soeben bereinigten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Andreas Ungricht und Christine Wirz beantragen, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

### Schlussabstimmung

zum Gegenvorschlag

JA heisst Gegenvorschlag (Antrag Kommission), NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag (Antrag Ungricht / Wirz-von Planta)

### Ergebnis der Abstimmung

**63 Ja, 15 Nein, 9 Enthaltungen.** [Abstimmung # 606, 25.06.14 12:06:29]

### Der Grosse Rat beschliesst

der Initiative den soeben bereinigten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

**Abstimmungsempfehlung zum Gegenvorschlag**

Die Kommission beantragt, den Gegenvorschlag den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

**Abstimmung**

zur Abstimmungsempfehlung zum Gegenvorschlag

JA heisst Empfehlung auf Annahme, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

**Ergebnis der Abstimmung**

**61 Ja, 12 Nein, 13 Enthaltungen.** [Abstimmung # 607, 25.06.14 12:07:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

**den Gegenvorschlag den Stimmberechtigten zur Annahme** zu empfehlen.

**Abstimmungsempfehlung zur Initiative**

Die Kommission beantragt, auch die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

**Abstimmung**

Abstimmungsempfehlung zur Initiative

JA heisst Empfehlung auf Annahme, NEIN heisst Empfehlung auf Ablehnung der Initiative

**Ergebnis der Abstimmung**

**64 Ja, 13 Nein, 8 Enthaltungen.** [Abstimmung # 608, 25.06.14 12:08:53]

**Der Grosse Rat beschliesst**

**die Initiative** den Stimmberechtigten **zur Annahme** zu empfehlen.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Da Sie einen Gegenvorschlag beschlossen haben und gleichzeitig die Initiative zur Annahme empfehlen, haben Sie noch eine Abstimmungsempfehlung zur Stichfrage zu fassen.

Die Kommission beantragt, dem Gegenvorschlag den Vorzug zu geben.

**Abstimmung**

Abstimmungsempfehlung zur Stichfrage

JA heisst Bevorzugung des Gegenvorschlags, NEIN heisst Bevorzugung der Initiative

**Ergebnis der Abstimmung**

**60 Ja, 17 Nein, 8 Enthaltungen.** [Abstimmung # 609, 25.06.14 12:09:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

**in der Stichfrage dem Gegenvorschlag den Vorzug** zu geben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'379 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, mit Beschluss des Grossen Rats vom 11. September 2013 als rechtlich zulässig erklärten und vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 11. September 2013 an den Regierungsrat überwiesenen Volksinitiative „Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft“ mit dem folgenden Wortlaut:

[...]

wird beschlossen:

**Gegenvorschlag**

I.

Der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird der folgende Abschnitt angefügt:

[...]

II.

Die Initiative und der Gegenvorschlag sind der Gesamtheit der Stimmberechtigten zum Entscheid vorzulegen. Für den Fall, dass sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative „Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft“ als auch den vorliegenden Gegenvorschlag anzunehmen und bei der Stichfrage dem Gegenvorschlag den Vorzug zu geben.

Der Text der angenommenen Vorlage wird nur unter der Voraussetzung in die Verfassung aufgenommen, dass die entsprechende parallele Vorlage auch im Kanton Basel-Landschaft angenommen wird. In diesem Fall ersuchen die Regierungsräte der beiden Kantone durch gleichzeitige Beschlüsse um Gewährleistung des Bundes.

Diese Änderung tritt nach der Annahme durch das Volk am Tag nach der Gewährleistung durch die eidgenössischen Räte in Kraft.

III.

Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Landrat des Kantons Basel-Landschaft den Stimmberechtigten einen inhaltlich übereinstimmenden Gegenvorschlag zur Abstimmung unterbreitet. Stellt der Landrat der Initiative keinen inhaltlich übereinstimmenden Gegenvorschlag gegenüber, so wird die Initiative der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorgelegt.

IV.

Wird die Initiative zurückgezogen, so ist der Text des Gegenvorschlags der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Abstimmung vorzulegen.

V.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 47 vom 28. Juni 2014 publiziert.
---

**Schluss der 13. Sitzung**

12:10 Uhr

---

**Beginn der 14. Sitzung**

Mittwoch, 25. Juni 2014, 15:00 Uhr

**6. Ratschlag betreffend eine Änderung der Bewilligungsklausel des  
Grossratsbeschlusses 07/50/22G vom 13.12.2007: Rahmenkredit für die Jahre 2007  
bis 2013/15 für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Neuen  
Regionalpolitik des Bundes und an der Europäischen territorialen Zusammenarbeit**

[25.06.14 15:00:24, RegioKo, PD, 14.0449.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Regiokommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 14.0449.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Heinrich Ueberwasser, Referent der Regiokommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1

Ziffer 2

Publikations- und Referendumsklausel

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Hier gibt es eine Anpassung. Da es sich um eine Änderung eines Grossratsbeschlusses vom 13. Dezember 2007 handelt, welcher seinerzeit dem Referendum unterstand, unterliegt auch dieser Beschluss dem Referendum.

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 610, 25.06.14 15:06:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Änderung der Bewilligungsklausel im Beschlusspunkt 1. des Grossratsbeschlusses 07/50/22G vom 13.12.2007  
von bisher "Projekte können im Zeitraum von 2007 - 2013 bewilligt werden" auf neu "Projekte können im Zeitraum von 2007 - 2014 bewilligt werden. Die Projekte müssen bis Ende Dezember 2015 abgeschlossen und abgerechnet sein."  
Die restlichen Teile des Beschlusspunktes 1. des Grossratsbeschlusses 07/50/22G vom 13. Dezember 2007 erfahren keine Änderungen.
2. Der Beschlusspunkt 2. des Grossratsbeschlusses 07/50/22 G vom 13. Dezember 2007 bleibt unverändert bestehen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**7. Ausgabenbericht für einen Investitionsbeitrag an das Haus für elektronische Künste Basel HeK für Innenarchitektur und Ausstattung neues Domizil Freilager-Platz 9**

[25.06.14 15:07:03, BKK, PD, 14.0549.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.0549.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 520'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Karl Schweizer (SVP); Martin Lüchinger (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 611, 25.06.14 15:22:39]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Innenarchitektur und Ausstattung des neuen Domizils am Freilager-Platz 9 in Basel werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 520'000 zu Lasten der Investitionsrechnung 2014, Investitionsbereich Übrige, bewilligt. (Präsidialdepartement, Abteilung Kultur).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



**8. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag über den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur "Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)"**

[25.06.14 15:23:00, BKK, ED, 13.1105.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.1105.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Joël Thüring, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Andrea Bollinger (SP); Elias Schäfer (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Joël Thüring, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 612, 25.06.14 15:46:15]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Grosse Rat stimmt dem Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) vom 20. Juni 2013 zu und ermächtigt den Regierungsrat, diese Vereinbarung zu unterzeichnen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) vom 20. Juni 2013 ist im Kantonsblatt Nr. 47 vom 28. Juni 2014 publiziert.
---

## 9. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2012

[25.06.14 15:46:31, BKK, ED, 13.1397.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf das Schreiben einzutreten und den Lehrstellen-Bericht zu genehmigen.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen ist der Bericht vom Grossen Rat jedoch nur zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben das Erziehungsdepartement gebeten, künftig den Antrag auf Kenntnisnahme zu stellen und nicht auf Genehmigung.

Am 16. Oktober 2013 hat der Rat den Bericht der BKK überwiesen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Stephan Mumenthaler (FDP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

### Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben ein.

### Der Grosse Rat beschliesst

**Kenntnisnahme.**

## 10. Ratschlag betreffend Tram 3 Basel - Bahnhof Saint-Louis, Abschnitt Basel-Stadt. Verlängerung der Tramlinie 3, Verlegung der Wendeschlaufe, Massnahmen zu Gunsten des Velo- und Fussverkehrs sowie Bericht zu einem Anzug

[25.06.14 15:57:43, UVEK, BVD, 14.0522.01 11.5111.03, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 14.0522.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 32'780'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

### Fraktionsvoten

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Stephan Mumenthaler (FDP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Karl Schweizer (SVP); Heiner Vischer (LDP)*

### Zwischenfrage

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Voten: *Aeneas Wanner (GLP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Patrick Hafner (SVP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Zwischenfrage**

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1,

Abs. 1, Ausgaben für die Verlängerung der Linie 3, Pos. 1 - 10

Abs. 2, Bundessubventionen

Abs. 3, Gebundene Ausgaben

Ziffer 2, Vorbehalt der Neu-Einstufung des Projektes auf Bundesebene

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 613, 25.06.14 16:40:45*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 47 vom 28. Juni 2014 publiziert.
---

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen, den Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlegung der Tramendhaltestelle 3 an die Grenze Burgfelden als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5111 ist **erledigt**.

**11. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse, Flughafenstrasse, Im Burgfelderhof**

[25.06.14 16:41:21, BRK, BVD, 13.1289.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.1289.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

*Christian Egeler, Grossratspräsident:* Sie haben bei der Genehmigung der Tagesordnung beschlossen, diesen Bericht mit Dringlichkeit zu behandeln.

Voten: *Elias Schäfer, Referent der Bau- und Raumplanungskommission; Roland Lindner (SVP); Elias Schäfer, Referent der Bau- und Raumplanungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

I. Aufhebung Bebauungsplan

II. Wohnanteilplan

III. Festsetzung Zonenänderung

IV. Lärmempfindlichkeitsstufen

V. Festsetzung Bebauungsplan

Ziffer 1, Verbindlicherklärung

Ziffer 2, Vorschriften zum Bebauungsplan, Ziffer 2.1 bis 2.15

Ziffer 3, Ausnahmen

VI. Festsetzung Bau- und Strassenlinienplan

VII. Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Rechtsmittelbelehrung

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**79 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 614, 25.06.14 16:52:40]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 47 vom 28. Juni 2014 publiziert.
---

## 12. Schreiben des Regierungsrates betreffend Entscheid über konzeptionelle Änderungen am "Neuen Verkehrskonzept Innenstadt". Bericht zu zwei Motionen und zu zwei Anzügen

[25.06.14 16:52:59, JSD, 14.5081.02 14.5079.02 14.5074.02 14.5071.02, SAA]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die beiden Motionen 14.5081 (Pasqualine Gallacchi und Konsorten) und 14.5079 (Martina Bernasconi und Konsorten) rechtlich nicht zulässig sind und beantragt, diese nicht zu überweisen. Zudem beantragt der Regierungsrat, die beiden Anzüge 14.5074 (Andreas Zappalà und Konsorten) und 14.5071 (Joël Thüring und Konsorten) als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Tanja Soland (SP); Heiner Vischer (LDP); Joël Thüring (SVP)*

### Zwischenfrage

Voten: *Tanja Soland (SP); Joël Thüring (SVP)*

*Michael Wüthrich (GB): beantragt*, den Anzug Joël Thüring und Konsorten (14.5071) **stehen zu lassen**.

### Zwischenfragen

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Michael Wüthrich (GB); David Jenny (FDP); Michael Wüthrich (GB)*

Voten: *Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP); Elias Schäfer (FDP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

### Zwischenfrage

Voten: *Martin Lüchinger (SP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Motion Pasqualine Gallacchi und Konsorten betreffend "gewerbefreundliche Güterumschlagszeiten in der Innenstadt"

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 14.5081 ist **erledigt**.

Motion Martina Bernasconi und Konsorten betreffend "Zufahrt in die Kernzone der Innenstadt für ansässige Gewerbebetriebe"

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 14.5079 ist **erledigt**.

Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend "neues Gebührensystem für die Zufahrt zur Innenstadt"

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 14.5074 ist **erledigt**.

Anzug Joël Thüring betreffend "Zufahrt für Notfalldienstleistungen in die verkehrsfreie Innenstadt"

**Abstimmung**

Anzug Joël Thüring betreffend "Zufahrt für Notfalldienstleistungen in die verkehrsfreie Innenstadt"

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 615, 25.06.14 17:28:52]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 14.5071 ist **erledigt**.

**13. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Verbot der Prostitution Minderjähriger**

[25.06.14 17:29:14, JSD, 10.5036.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5036 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5036 ist **erledigt**.

**14. Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Dominique König-Lüdin betreffend Transparenz in den Berufungsverfahren der Universität beider Basel**

[25.06.14 17:30:12, ED, 14.5154.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 14.5154 ist **erledigt**.

**15. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Frühförderung für alle**

[25.06.14 17:37:04, ED, 14.5155.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 14.5155 ist **erledigt**.

**Sitzungsunterbruch**

17:41 Uhr

### Verabschiedung von Regierungsrat Carlo Conti

Am 13. März 2000 stand Carlo Conti um vier Uhr morgens vor dem Restaurant Schafeck. Er war nicht allein, es war Morgestraich und es war der Morgen nach seiner Wahl in den Regierungsrat. auf dem Kopf trug er ein spezielles Kopfladärndli, welches ihm die alte Garde am Vorabend zur Wahl geschenkt hatte. Jürg Schrank, damals Obmann der alten Olymper, meinte dazu, dass Carlo Conti damit "der zurzeit wohl leuchtendste Regierungskopf unserer Stadt sei".

Ohne jemandem nahetreten zu wollen, ist dazu nachträglich zu bemerken, dass Carlo Conti auch nach dem Morgestraich und nach seinem Amtsantritt im Mai selbigen Jahres zu einem weitherum leuchtenden Beispiel baslerischer Werte und zu einem der schweizweit bekanntesten Basler Regierungsmitglieder wurde - und dies auch heute noch ist.

Carlo Conti machte 1973 am Wirtschaftsgymnasium Basel die Matura und durchlief anschliessend eine klassische Ausbildung zum Juristen an der Universität Basel inklusive Anwaltspatent und Doktorat mit einer Dissertation über "Das Obergerichtsrecht des Basel-Städtischen Grossen Rates über Verwaltung und Justiz". Ein zweifellos bemerkenswertes Thema für einen späteren Regierungsrat.

Nach einer dreijährigen Advokaturtätigkeit trat er 1985 in die Firma Hoffmann-La Roche ein und war dort bis zu seiner Wahl in den Regierungsrat in leitender Funktion im Rechtsbereich und in der Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Von 1983 bis 1992 und wiederum von 1997 bis 2000 war Carlo Conti Mitglied des Grossen Rates. Wie man es von einem Mitglied der CVP-Fraktion nicht anders erwartet, finden sich in der Datenbank des Grossen Rates unter anderem familienpolitische Anzüge mit der Forderung nach Blockzeiten in den Kindergärten oder Anzüge zur steuerlichen Entlastung von Familien und der mittleren Einkommensbereiche. Interessanterweise fand in seiner ersten Amtszeit auch das Thema Verkehr viel Beachtung, unter anderem zum Beispiel die Einführung von Tempo 30 in der Hegenheimerstrasse.

Ein weiterer interessanter Vorstoss von Carlo Conti aus dem Jahr 1992 betrifft uns alle: die Verschiebung des Beginns einer neuen Legislaturperiode von damals Mitte Mai auf den ersten Februar, so wie es heute noch ist. Dass Carlo Conti am ersten Februar Geburtstag hat, ist natürlich nur ein Zufall. Was man übrigens keine findet, sind Vorstösse zur Gesundheitspolitik.

Nach dem aus gesundheitlichen Gründen erfolgten Rücktritt von Regierungsrat Stefan Cornaz wurde er im zweiten Wahlgang gegen die bekannte Gewerkschafterin Rita Schiavi in die Basler Regierung gewählt. Auch hier sind gewisse Parallelen zur jüngsten Geschichte erkennbar.

Im Regierungsrat übernahm Carlo Conti von Veronica Schaller das damalige Sanitätsdepartement, welches später in Gesundheitsdepartement umbenannt wurde. Den herrschaftlichen Hauptsitz des Gesundheitsdepartements an der St. Albans-Vorstadt mit wunderschönem Blick über den Rhein konnte er entgegen anderen Planungen sogar durch die Wirren der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09 hindurch verteidigen; inklusive dem Parkplatz für den BMW Z3 des Departementvorstehers.

Carlo Conti hat sich in seiner gesamten Regierungszeit sehr stark in der regionalen Spitalplanung engagiert, über die Grenzen hinweg auch mit dem Kanton Basel-Landschaft und dem benachbarten Ausland. Dieser Prozess wurde auch jetzt wieder in Gang gebracht. Markantestes Resultat der interregionalen Zusammenarbeit ist zweifellos das neue UKBB.

Die Verselbständigung der öffentlichen Basler Spitäler und deren gute Positionierung im Wettbewerb sind letztlich das Fundament für eine gute Gesundheitsversorgung zum Wohle der ganzen Bevölkerung. Auch hier war die Handschrift von Carlo Conti wegweisend. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an die legendäre Grossrats-Debatte vom 16. Februar 2011, in welcher das Gesetz über die öffentlichen Spitäler beraten wurde und die Positionen von Carlo Conti in allen wesentlichen Punkten Mehrheiten fand. Dass mit der Inkraftsetzung des Gesetzes am 1. Januar 2012 und der Ausgliederung der Spitäler der Head-Count des Gesundheitsdepartements von etwa 5000 auf etwa 300 zurückging, hätte diesen oder jenen Departementvorsteher vielleicht etwas schmerzhaft berührt. Carlo Conti hat diesen fiktiven "Machtverlust" hingenommen, weil er weitgehend selbstverschuldet war. Er hat es so gewollt, und findet es immer noch gut so.

Ein wichtiges Element seiner Arbeit als Vorsteher des Gesundheitsdepartements war es auch, die Herausforderung zur demographischen Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und die daraus abzuleitenden Probleme an die Hand zu nehmen. Die Garantie einer ausreichenden Zahl von Pflegeplätzen und die Sicherstellung der erforderlichen Ressourcen beim Pflegepersonal werden auch für künftige Departementvorsteher im GD einen wesentlichen Teil der Arbeit ausmachen.

Ein bemerkenswertes Engagement zeigte Carlo Conti auch im Bereich der Prävention zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und zu gesünderer Lebensweise: Unter anderem mit der Kampagne "Alles Gute",



wo es um gesunde Ernährung, ein gesundes Körpergewicht, Bewegung aber auch um eine gesunde Psyche geht.

Die Übernahme des Präsidiums der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK durch Carlo Conti im November 2011 war für den Gesundheitsstandort Basel ein Glücksfall, auch wenn sich der Präsident der GDK im harten Wettbewerb der Standorte für Herztransplantationen und vergleichbare Spezialmedizinische Einrichtungen eine gewisse Neutralität auferlegen musste.

Als Mensch ist Carlo Conti berechenbar, verlässlich und entgegenkommend. Seine Freundlichkeit und Gelassenheit trägt er auch nach aussen zur Schau, auch wenn er sich innerlich masslos ärgert, sei es über unangemessene Zwischenfragen in Grossratsdebatten, über haltlose Unterstellungen in den Medien oder über sachlich falsche Aussagen in Mitberichten anderer Departemente zu gesundheitspolitischen Fragen. Er mag es auch nicht, wenn man einfach drauflos plappert. Auch bei Diskussionen mit Freunden fällt immer wieder das Wort "Bitte Fakten". Die nach Aussen gezeigte Freundlichkeit ist gepaart mit einer Bestimmtheit des Auftretens, die keinen Widerspruch erträgt. Und ehrgeizig ist er... spätestens wer mit ihm im FC Grossrat schon auf dem Spielfeld stand, weiss wovon ich rede.

Seine Effizienz der Arbeitsgestaltung war legendär. Die in den letzten Jahren häufiger gewordenen Reisen zwischen Bern und Basel nutzte er konsequent zum ungestörten Arbeiten in der Limousine. Das gut eintrainierte Generalsekretariat des Gesundheitsdepartements hat auf seine Anweisung jede verfügbare Minute verplant.

Dazu im Kontrast steht ein wohl wenig bekanntes Ferien-Hobby: Zu Fuss durchquerte er die Schweiz schon in verschiedenen Richtungen und Etappen. Dabei hat er auch schon verschiedene Regierungsratskollegen anderer Kantone besucht.

Sprichwörtlich war seine Stilsicherheit auch im persönlichen Auftritt. Sein stets tadelloses Outfit, eingeschlossen die offensichtlich sorgfältige Schnauz- und Haarpflege, zeigte ganz den Grandseigneur, der seine Herkunft aus der italienischen Kultur nicht ganz verleugnen konnte. Er bewegte sich in allen gesellschaftlichen Kreisen mit einer unaufgeregten souveränen, ja fast tänzerischen Eleganz.

Auf dem diplomatischen Parkett bewegte sich Carlo Conti mit absoluter Stilsicherheit. Für die Kontakte mit unserer Partnerstadt Shanghai hat er sich sogar einen chinesischen Namen zugelegt, was von den Vertretern der Stadt Shanghai äusserst geschätzt wurde. Es wirkte vertrauensbildend und hat ihm grossen Respekt eingebracht.

Diesen Respekt verdient Carlo Conti auch für seinen mutigen Entscheid, sein Amt aus Gründen der Glaubwürdigkeit auf Ende Juli dieses Jahres niederzulegen. Wir können nachvollziehen, dass dieser Entscheid nicht einfach war. Aber er ersparte der Person Carlo Conti und dem Amt des Gesundheitsdirektors eine möglicherweise unschöne öffentliche Diskussion.

Im Namen des Grossen Rates und im Namen der Basler Bevölkerung danke ich Carlo Conti für seine vierzehnjährige Arbeit als Mitglied des Regierungsrates, als engagierter Gesundheitspolitiker und Botschafter für die Interessen Basels in der übrigen Schweiz und weit darüber hinaus. Ich wünsche ihm für seine persönliche Zukunft herzlich alles Gute, wünsche ihm mehr Zeit für seine Familie und für seine Freizeit auf dem Tennisplatz oder zu Fuss irgendwo in der Schweiz.

Es ist nicht wirklich Usanz, einem scheidenden Mitglied des Regierungsrates ein Abschiedsgeschenk zu machen. Ich breche jetzt diese Usanz. Ich habe gehört, dass Du in den letzten Jahren dank der e-Bike-Technik auch zum Velofahrer geworden bist und ich schenke Dir im Namen des Grossen Rates das Buch "Querpass, mit dem Velo vom Bodensee zum Genfersee" von Dres Balmer, in sechs Etappen.

Herzlichen Dank, Carlo! *[lang anhaltender Applaus]*

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Schluss der 14. Sitzung**

17:55 Uhr

Basel, 25. Juni 2014

Christian Egeler  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär





## Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Komm.	Dep.	Dokument
<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>			
1. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2013 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2013 der fünf kantonalen Museen	<b>FKom / BKK</b>		14.5250.01
2. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag über den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)	<b>BKK</b>	ED	13.1105.02
3. Ausgabenbericht für einen Investitionsbeitrag an das Haus für elektronische Künste Basel HeK für Innenarchitektur und Ausstattung neues Domizil Freilager-Platz 9	<b>BKK</b>	PD	14.0549.01
4. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Andreas Ungricht und Consorten betreffend Budgetunterricht an Basler Schulen, Tobit Schäfer und Consorten betreffend Aufnahme eines Faches Politik, Wirtschaft und Recht in den obligatorischen Schulunterricht sowie Markus Lehmann und Consorten betreffend Stärkung der MINT-Kompetenzen		ED	07.5046.04 07.5148.04 12.5083.02
5. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Consorten betreffend Überprüfung der Organisationsform und Struktur der fünf Basler Gymnasien		ED	12.5257.02
6. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Consorten betreffend Verbot der Prostitution Minderjähriger		JSD	10.5036.03
7. Schreiben des Regierungsrates betreffend Entscheid über konzeptionelle Änderungen am "Neuen Verkehrskonzept Innenstadt". Bericht zu zwei Motionen und zu zwei Anzügen		JSD/ BVD	14.5081.02 14.5079.02 14.5074.02 14.5071.02
8. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Consorten betreffend neue Wohnmöglichkeiten für Betagte fördern		GD	12.5091.02
9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici und Consorten betreffend Hilfe für alte Menschen – Kompetenzzentrum mit interkultureller Ausrichtung		GD	12.5093.02
10. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gülsen Öztürk und Consorten betreffend altersgerechter kommunaler Wohnungsbau		GD	12.5092.02
11. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beat Fischer und Consorten betreffend Zeitgutschriften für ehrenamtliche Betreuende und Beatrice Alder und Consorten betreffend Zeitgutschriften		GD	12.5090.02 12.5123.02
<b>Überweisung an Kommissionen</b>			
12. Ratschlag betreffend Umsetzung eines neuen Fussgängerorientierungssystems Basel-Stadt	<b>UVEK</b>	PD	14.0392.01
13. Ratschlag betreffend Berichterstattung 2013 der Universität zum Leistungsauftrag. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>IGPK Universität</b>	ED	14.0593.01
14. Bericht des Regierungsrates betreffend Schweizerische Rheinhäfen – Orientierung über das Geschäftsjahr 2013 gemäss § 36 Abs. 2 Rheinhafen-Staatsvertrag <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>IGPK Rheinhäfen</b>	WSU	14.0612.01
15. Ratschlag zu einer Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) und zur damit zusammenhängenden Änderungen der Kantonsverfassung und verschiedener Gesetze sowie Bericht zu einer Motion	<b>JSSK</b>	JSD	14.0147.01 10.5152.04
16. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für einen Investitionsbeitrag an den Ersatzbau Alters- und Pflegeheim Humanitas	<b>GSK</b>	GD	14.0551.01

- |     |   |            |    |            |
|-----|---|------------|----|------------|
| 17. | Ratschlag Verlängerung der interkantonalen Vereinbarung über die Einführung des Französischunterrichts ab dem 3. und des Englischunterrichts ab dem 5. Schuljahr sowie die gemeinsame Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts (FEUV) | <b>BKK</b> | ED | 14.0581.01 |
|-----|---|------------|----|------------|

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

## 18. Anzüge:

- |    |  |  |  |            |
|----|--|--|--|------------|
| 1. | Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Sitzungszeiten des Grossen Rates  |  |  | 14.5267.01 |
| 2. | Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Werbung auf BVB-Trams und Bussen                                   |  |  | 14.5268.01 |
| 3. | Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Baustellensicherheit für Menschen mit einer Behinderung                     |  |  | 14.5269.01 |
| 4. | Tanja Soland und Konsorten betreffend soziale Kosten des illegalen Cannabiskonsums                                   |  |  | 14.5271.01 |
| 5. | Martin Lüchinger und Konsorten betreffend solare Erwärmung des Badewassers in den Gartenbäder Eglisee und Bachgraben |  |  | 14.5272.01 |
| 6. | Mark Eichner und Konsorten betreffend Ausdehnung Betriebsdauer Buvetten  |  |  | 14.5273.01 |
| 7. | Heiner Vischer und Konsorten betreffend besserer Standort für die Serra-Skulptur                                     |  |  | 14.5274.01 |
| 8. | Nora Bertschi und Konsorten betreffend ressourcenschonende Ernährung   |  |  | 14.5277.01 |

## 19. Motionen:

- |    |  |  |  |            |
|----|--|--|--|------------|
| 1. | René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung und Aufgaben der Stadtbildkommission |  |  | 14.5275.01 |
| 2. | Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Aufhebung obsoleter Erlasse               |  |  | 14.5276.01 |

- |     |  |  |     |            |
|-----|--|--|-----|------------|
| 20. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Aufhebung der Parkplätze am Unteren Rheinweg |  | BVD | 11.5173.02 |
|-----|--|--|-----|------------|

**Kenntnisnahme**

- |     |  |  |    |            |
|-----|--|--|----|------------|
| 21. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend was sind die Voraussetzungen dafür, um Staatsschreiber zu sein?                                  |  | PD | 14.5178.02 |
| 22. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Schriftliche Anfragen und Eric Weber   |  | PD | 14.5120.02 |
| 23. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend die Klingelstrategie – Wahlkampf bei den kommenden Grossratswahlen 2016                          |  | PD | 14.5103.02 |
| 24. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend ständig neuer Wahlgesetze im Kanton Basel-Stadt, zum Nachteil von Eric Weber                     |  | PD | 14.5095.02 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend 60 Aussenminister, die Ende Jahr in Basel erwartet werden. Wie ist der Stand der Vorbereitungen? |  | PD | 14.5113.02 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend spontaner Fragestunde, warum wird dies in Basel nicht gemacht?                                   |  | PD | 14.5119.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum bekommt nicht jeder Grossrat eine Mail-Anschrift?  |  | PD | 14.5099.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Missgunst, Verleumdung und üble Nachrede in der Politik  |  | PD | 14.5094.02 |

29.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum werden von der Polizei weiterhin die Täter mit Ihrer Nationalität benannt?	JSD	14.5181.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend politische Rechte – auch für Gefängnisinsassen – wie sind hier die Regelungen?	JSD	14.5196.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia Bernasconi betreffend Kauf von Liegenschaften mit preisgünstigem Wohnraum	FD	14.5086.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Steuerverwaltung	FD	14.5160.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Urs Müller-Walz betreffend Alleingang Rechenzentren JSD	FD	14.5144.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oswald Inglin betreffend Massnahmen zur Abfederung HarmoS-bedingter Kündigungen auf der Sekundarstufe II	ED	14.5090.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend muss ein Lehrer einen bestimmten Notendurchschnitt erzielen?	ED	14.5197.02
36.	Bericht des Regierungsrates betreffend Information der IWB Industrielle Werke Basel über die Rechnung 2013	WSU	14.0498.01
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wo können sich einsame Menschen finden?	WSU	14.5207.02
38.	Rücktritt von Markus Lehmann als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2014 (auf den Tisch des Hauses)		14.5279.01
39.	Rücktritt von Lukas Engelberger als Mitglied des Grossen Rates per 31. Juli 2014 (auf den Tisch des Hauses)		14.5312.01
40.	Rücktritt von André Weissen als Mitglied des Grossen Rates per 9. September 2014 (auf den Tisch des Hauses)		14.5340.01

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Motionen

#### 1. Motion betreffend Anpassung der Aufgaben der Stadtbildkommission

14.5275.01

Mit Wirkung ab 1. Juli 2013 wurde die Stadtbildkommission nur leicht umstrukturiert. Alle Entscheide der Stadtbildkommission und ihres Fachsekretariates bleiben für das Bau- und Gastgewerbeinspektorat nach wie vor verbindlich. Auch gemäss der revidierten Aufgabenbeschreibung ist die Stadtbildkommission nicht nur für die Schonzone zuständig, sondern entscheidet verbindlich und allein für kleinere und grössere Bauten und Anlagen in allen Zonen. Dies bedeutet, dass die Stadtbildkommission im Kanton Basel-Stadt baulich nach wie vor eine eigentliche Oberbaubehörde darstellt und Bauten aller Art in allen Zonen allein verbindlich gutheisst oder abweist. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat muss die entsprechenden Ausführungen der Stadtbildkommission akzeptieren. Der Bauherrschaft bleibt nur der Weg an die Gerichtsinstanzen offen. Dies wird oftmals nicht gemacht, da schon die Zeit, das Geld und die Energie hierfür nicht vorhanden ist. Viele sinnvolle Projekte – gerade auch im Bereich energetischer Sanierungen – wurden daher nicht realisiert oder verzögert. Immerhin musste die Regierung mit der Ordnungsänderung per 1.5.2014 (BPV) die bundesrechtlichen Vorgaben nach Raumplanungsgesetz umsetzen: Solaranlagen werden der Zuständigkeit der Stadt- und Ortsbildkommission entzogen.

Diese umfassende Kompetenz der Stadtbildkommission (Stadtbildkommission inkl. Fachsekretariat) ist in dieser Ausgestaltung weltweit eine Besonderheit. In keiner anderen Gebietskörperschaft ist ein verwaltungsexternes Gremium zuständig für Bauten aller Art in allen Zonen. Dieses Konstrukt resp. diese Kompetenzen sind auch im § 58 BPG (Bau- und Planungsgesetz) nicht verankert; resp. war es nie die Absicht des Gesetzgebers, beim Bau- und Planungsgesetz vom 17.11.1999 einem verwaltungsexternen Fachgremium diese Kompetenzen zu geben.

Diese nur auf Verordnungsebene verankerte umfassende Kompetenz der Stadtbildkommission stösst auf wenig Akzeptanz. Viele Entscheide der Stadtbildkommission auch bei nicht tiefgreifenden Eingriffen in Nummernzonen wie energetischen Fassadensanierungen/Dämmungen, Dachaufbauten, Flaggen etc. wirken für die Rechtsunterworfenen willkürlich. Jedenfalls sind diese verbindlichen, wenn leider auch oftmals unklaren, Anweisungen der Stadtbildkommission vielmals nicht nachvollziehbar und ergeben eine Rechtsunsicherheit. Die Mitwirkung der Stadtbildkommission ist bei Bauten in der Schonzone nicht bestritten und im Gesetz vorgesehen. Bei der Schutzzone ist die Denkmalpflege zuständig. Bei allen anderen Zonen soll die Stadtbildkommission nach wie vor einbezogen werden. Die Stadtbildkommission resp. das Fachsekretariat sollen ihre Stellungnahmen/Gutachten etc. nach wie vor abgeben können; diese sind jedoch von den eigentlichen Baubehörden (Bau- und Gastgewerbeinspektorat) neu nur angemessen zu berücksichtigen. Dies im Sinne des Vernehmlassungsentwurfes des Regierungsrates vom Juli 2011, welcher richtigerweise vorsah, dass die Gutachten der Stadtbildkommission keine Verbindlichkeit haben, sondern „angemessen zu berücksichtigen“ sind.

Die Unterzeichneten fordern daher den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat binnen zweier Jahre eine Anpassung des Bau- und Planungsgesetzes vorzulegen, welche den Behörden des Ortsbildschutzes im Sinne des Vernehmlassungsentwurfes vom Juli 2011 die Funktion der Oberbaubehörde entzieht. Zumindest ist die verbindliche Zuständigkeit der Stadtbildkommission in den Nummernzonen auf Baubeglehen von „grosser Tragweite oder grundsätzlicher Natur für das Stadtbild“ einzugrenzen.

René Brigger, Elias Schäfer, Philippe Pierre Macherel, Mirjam Ballmer, André Auderset, Bruno Jagher, David Jenny, Daniel Goepfert, Jörg Vitelli, Rudolf Rechsteiner, Helen Schai-Zigerlig, Andreas Zappalà, Thomas Grossenbacher, Martina Bernasconi

#### 2. Motion betreffend Aufhebung obsoleter Erlasse

14.5276.01

Seit 1990 haben sich sämtliche Gesetzessammlungen in der Schweiz auf Kantons- und Bundesebene nahezu verdoppelt. Über Sinn und Zweck einzelner Gesetze lässt sich politisch sicher streiten. Die Qualität der Gesetze sollte stimmen, da unausgegorenes Recht zu Gerichtsverfahren führt (2013 Alain Griffel). Zahlreiche Medienberichte im Zusammenhang unter dem Stichwort „Gesetzesflut“ untermauern die steigende Regulierungsdichte. Ohne Informationstechnologien wäre die Fülle an Gesetzen wohl kaum mehr zu bewältigen.

Im Kanton kennen wir zahlreiche Vorschriften, Gebote, Verbote, Pflichten und Richtlinien auf kantonaler und kommunaler Ebene. Selbst für Juristen ist es nicht immer einfach den Paragraphen-Dschungel zu durchblicken, wobei viele Gesetze nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Die Aufhebung der Trommelverordnung aus dem Jahre 1852 ist nur eines von vielen obsoleter Vorschriften.

Deshalb bitten die unterzeichnenden den Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich zu berichten, ob und welchen Erlass aus seiner Sicht aufgehoben werden könnte.

Alexander Gröflin, Sarah Wyss, Nora Bertschi, Raoul I. Furlano, Andreas Zappalà, Dieter Werthemann, André Weissen



## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Sitzungszeiten des Grossen Rates

14.5267.01

Es soll geprüft und berichtet werden, ob die heutigen Sitzungszeiten noch zeitgemäss sind und den Bedürfnissen von unserem Parlament entsprechen. Als berufstätige Person wäre es von Vorteil, Sitzungen regelmässiger, insgesamt kürzer resp. ohne Pausen und eher zu Randzeiten abzuhalten (z.B. jeden Mittwoch von 13-19 Uhr). Eine allfällige Änderung soll ertragsneutral gestaltet werden.

Das Ratsbüro soll folgende Punkte prüfen und berichten:

- Wie sind die Sitzungszeiten von anderen Kantonsparlamenten?
- Was sind die Vor- und Nachteile der verschiedenen Sitzungszeiten und Regelmässigkeiten (wöchentlich 2 Stunden für verschiedene Parlamentsgruppen (Berufstätige etc.)?)
- Was wären geeignete Optionen für Anpassungen?

Aeneas Wanner, Elias Schäfer, Emmanuel Ullmann, Stephan Mumenthaler

### 2. Anzug betreffend Werbung auf BVB-Trams und Bussen

14.5268.01

In den letzten Jahren ist es "Mode" geworden, gross- und zum Teil vollflächig auf den öffentlichen Verkehrsmitteln, namentlich den städtischen Trams und Bussen, Werbung zu machen. Dabei werden auch die Fensterscheiben teilweise überklebt. Durch die siebartigen Folien kann man/frau noch knapp hinausschauen. Die Sicht ist aber massiv beeinträchtigt. Von aussen kann überhaupt kein Tram-/Buspassagier mehr erkannt werden.

Zu den Vorteilen und Annehmlichkeiten des Tram- und Busfahrens gehört das Hinausschauen und Wahrnehmen des städtischen Raums, aber auch das Anteilnehmen am Geschehen auf der Strasse oder das Grüssen einer bekannten Person, die sich auf der Strasse befindet. Wenn die Scheiben mit Werbung vollgeklebt sind, ist das nicht mehr möglich.

Kürzlich wurde ein Tram mit Bankenwerbung so verklebt, dass die untere Hälfte der Scheiben bei den Sitzen abgedeckt wurde. Sitzend war es praktisch unmöglich, hinauszuschauen. Hingegen wurden die Türen davon freigehalten.

Kürzlich wurde auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet, dass nur auf 10% der Trams Vollwerbung gemacht werde. Zudem würden maximal 20% der Fensterflächen verklebt. Auf Nachfrage bei den BVB wurde präzisiert, dass auf den Frontscheiben und den Türen aus Sicherheitsgründen keine Werbung angebracht werden dürfe. Somit liegt der verklebte seitliche Fensterteil über 20%.

Begründet wird die vollflächige Werbung mit den Einnahmen, die zu einer Verbesserung des Kostendeckungsgrades beitragen würden. Übersehen wird aber, dass der Fahrgast für seine Beförderung zahlt und diese beinhaltet eine ungehinderte Sicht nach aussen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- ob im Leistungsauftrag an BVB die Auflage gemacht werden kann, dass die seitlichen Fensterflächen, namentlich die bei den Sitzen, von Werbung freigehalten werden müssen.
- ob das öV-Gesetz so ergänzt werden kann, dass Auftragnehmer auf ihren Fahrzeugen die Fensterflächen bei den Sitzen frei von Werbung zu halten haben.

Stephan Luethi-Brüderlin, Jörg Vitelli, Michael Wüthrich, Bruno Jagher, Helen Schai-Lüthi, Martina Bernasconi

### 3. Anzug betreffend Baustellensicherheit für Menschen mit einer Behinderung

14.5269.01

Der Kanton Basel-Stadt hat keine spezielle Beauftragte, um die Baustellensicherheit für Menschen mit Behinderung sicherzustellen.

Der Kanton weist die Verantwortung für ein Bauprojekt der jeweiligen Projektleiterin zu, die sich Unterstützung bei der Fachstelle für hindernisfreies Bauen holen kann. Die Verwaltung arbeitet gut mit der Fachstelle zusammen und nutzt diese als Ansprechperson.

Trotzdem sieht es in der Realität aber leider oft so aus, dass Baustellen im Kanton Basel-Stadt für Behinderte sehr schwierig zu handhaben sind. Die sich zum Teil täglich verändernden Baustellen schränken die Mobilität von Behinderten stark ein.

Sehbehinderte und Blinde können die im Internet einzusehenden Baustellenkarten nicht auslesen. Körperbehinderte können auf Grund der Karte nicht die Benutzbarkeit und Ausgestaltung der Baustelle ersehen. Baustellen sind zuweilen anders als angenommen und können von Personen im Rollstuhl gar nicht passiert werden. Sie müssen sich so Ausweichrouten zusammenstellen, um von einem Ort zum anderen zu kommen. Dies ist mit einem hohen

zeitlichen Aufwand verbunden.

Die Arbeiter auf den Baustellen sind sehr hilfsbereit. Dies wurde mir von verschiedenen Behinderten bestätigt. Ich denke aber, dass es nicht sein kann, dass ein behinderter Mensch darauf vertrauen muss, dass dann schon jemand auf der Baustelle ist, der z.B. einen Rollstuhl über ein Kiesweg trägt.

Dies ist dem selbständigen Leben eines Menschen mit Behinderung absolut nicht förderlich.

Es ist sicher sinnvoll, keine Einzellösungen zu suchen, sondern Baustellen so zu planen und umzusetzen, dass behinderte Menschen, egal welche Form ihre Behinderung hat, sich frei in der Stadt, in der sie wohnen und arbeiten, bewegen können.

Die Regierung wird gebeten, zu prüfen und zu berichten:

- Ob mit der Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung eine Checkliste für Baustellen erarbeitet werden kann, analog dem Merkblatt "für bessere Feste für behinderte Menschen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund".
- Sicherzustellen, dass diese Checkliste bei der Vergabe von Aufträgen berücksichtigt wird und bei Ausschreibungen beigelegt wird.
- Die Checkliste als integraler Bestandteil der Baubewilligung im Sinne einer Auflage einzuführen.
- Bei Grossbaustellen (länger als 3 Monate), dafür zu sorgen, dass die Projektleitung mit den Behinderten Organisationen und/oder der Fachstelle für hindernisfreies Bauen, immer eine Begehung durchführt.
- Sicherzustellen, dass die Information betreffend der Art und Dauer der Baustelle verbessert wird und dabei die verschiedenen Behinderungen (Seh-, Hör- und Körperbehinderte) berücksichtigt werden.

Beatriz Greuter, Georg Mattmüller, Jörg Vitelli, Christian von Wartburg, Brigitte Heilbronner, Felix W. Eymann, Franziska Reinhard, Brigitta Gerber, Rolf von Aarburg, Annemarie Pfeifer, Andrea Bollinger, Jürg Meyer

#### 4. Anzug betreffend soziale Kosten des illegalen Cannabiskonsums

14.5271.01
------------

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat am 21.11.2012 einen Vorstoss betreffend eines Pilotversuchs zum kontrollierten Verkauf von Cannabis stehen gelassen. Daher konnte man davon ausgehen, dass die Regierung sich weiter für einen solchen Pilotversuch einsetzen würde. Selbst Genf prüft die Regulierung der Abgabe von Cannabis, indem in ausgewählten Klubs Cannabis verkauft und konsumiert werden soll. Nach den neusten Aussagen von Seiten der Regierung in der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage (14.5062.02), muss aber davon ausgegangen werden, dass die Bemühungen wieder eingestellt werden. Dies ist jedoch keine Option, denn der illegale Konsum von Cannabis ist und bleibt ein Thema: Gemäss der Kriminalstatistik 2013 aus Basel-Stadt konsumiert die Basler Bevölkerung mit Abstand am häufigsten Hanfprodukte wie Gras und Haschisch. 65 Prozent aller Fälle der Strafverfolgungsbehörden drehten sich um diese Substanzen. Darum müssen zukünftig die Frage des Gesundheitsschutzes und der Kosten eingehender betrachtet werden.

Die sozialen Kosten, verursacht durch den illegalen Konsum von Cannabis, sind nicht bekannt. Dazu zählen die direkten Kosten, welche durch den Cannabiskonsum verursacht werden, aber auch die gesellschaftlichen Kosten. Darunter fallen vor allem die finanziellen Aufwendungen des Staates für die Repression, Behandlung und Prävention. Zudem stellt sich auch die Frage nach den entgangenen Kosten aufgrund des Schwarzmarktes. Es gibt diesbezüglich nur eine Gesamtstudie zu den sozialen Kosten der illegalen Drogen aus dem Jahr 2005 (Le coût social de la consommation de drogues illicites en Suisse). Dort wurde aufgezeigt, dass der grösste Teil der Kosten auf die Repression falle und nur ein geringer Teil für die Prävention eingesetzt wird. Aber wie sich diese Kosten durch den Cannabiskonsum konkret auswirken, ist nicht bekannt. Daher ist auch nicht klar, wie stark der finanzielle Druck ist, um eine Regulierung anzustreben.

Damit die Diskussion um die Regulierung von Cannabis sinnvoll weitergeführt werden kann, benötigt es mehr konkrete Hintergrundinformationen. Die Bevölkerung muss wissen, welche Kosten sie aufgrund des illegalen Konsums tragen muss und welche Konsequenzen diesbezüglich eine mögliche Entkriminalisierung und bessere Prävention hätten.

Daher soll der Regierungsrat prüfen und berichten, ob er bereit ist - ev. zusammen mit den Städten Bern, Genf, Winterthur und Zürich - eine Studie in Auftrag zu geben, die die sozialen Kosten für die Gesellschaft des illegalen Cannabiskonsums untersucht und darlegt.

Tanja Soland, Otto Schmid, Elias Schäfer, Eric Weber, Mark Eichner, Dominique König-Lüdin, Mirjam Ballmer, Brigitta Gerber, Emmanuel Ullmann, Dieter Werthemann, Martin Lüchinger, Michael Koechlin, Philippe P. Macherel

### 5. Anzug betreffend solare Erwärmung des Badewassers in den Gartenbäder Eglisee und Bachgraben

14.5272.01

Dem Kanton Basel-Stadt ist die Sport- und Gesundheitsförderung ein grosses Anliegen. Mit regelmässigen Kampagnen wird die Bevölkerung zu mehr Bewegung und Sport aufgerufen. Die Eröffnung der Badesaison in den Gartenbäder Eglisee und Bachgraben erfolgt i.d.R. zwei Wochen nach dem Sport- und Gartenbad St. Jakob. Der Grund liegt auf der Hand: Im Gegensatz zum Sportbad St. Jakob werden die Gartenbäder Eglisee und Bachgraben nicht beheizt und sind so zu wenig attraktiv bei der noch kühlen Witterung. In den Monaten Mai und Juni sind bei wechselhaftem Wetter in den beiden Gartenbädern kaum Badegäste anzutreffen, da die Wassertemperatur kaum 20 Grad erreicht.

In einer Schriftlichen Anfrage im Jahre 2010 betreffend Beheizung der Gartenbäder Eglisee und Bachgraben von Martin Lüchinger wurde nachgefragt, ob eine Nutzung der Abwärme der Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA) Basel möglich sei. Dies wurde in der Antwort verneint mit der Begründung, dass in den Übergangsjahreszeiten kaum Abwärme zur Verfügung stehe.

Durch eine Beheizung des Badewassers, insbesondere in den Übergangszeiten aber auch zu Zeiten wechselhafter Witterung, könnte das Angebot für die Basler Bevölkerung und für Sportlerinnen und Sportler oder für regelmässige Schwimmerinnen und Schwimmer nachhaltig verbessert werden. Damit könnte für die Sport- und Gesundheitsförderung einen namhaften Beitrag geleistet werden, da eine bessere Nutzung möglich würde. Eine Erwärmung des Badewassers auf rund 21 bis 22 Grad würde dabei vollauf genügen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. Ob es möglich ist, dass das Gartenbad Eglisee und das Gartenbad Bachgraben zukünftig mittels der Solarkollektoren auf eine minimale Wassertemperatur von 21 bis 22 Grad zu beheizen? Die Dimensionierung der Solarkollektoren darf dabei so erfolgen, dass bei längeren Schlechtwetterperioden nicht unbedingt jeder Tag die gewünschte Temperatur erreicht werden muss.
2. Ob es möglich ist, über Nacht die Auskühlung des Badewassers durch geeignete Massnahmen (Abdeckung) zu minimieren.
3. Ob geprüft werden kann - sofern überschüssige Energie in der KVA anfallen – diese Energie zusätzlich zur Wassererwärmung genutzt werden kann, um die gewünschte Temperatur sicherzustellen.

Martin Lüchinger, Otto Schmid, Thomas Gander, André Weissen, Danielle Kaufmann, Georg Mattmüller, Salome Hofer, Karl Schweizer, Thomas Grossenbacher, Elias Schäfer, Beatriz Greuter

### 6. Anzug betreffend Ausdehnung Betriebsdauer Buvetten

14.5273.01

Seit dem Anstieg der Temperaturen erfreut sich das Kleinbasler Rheinufer wieder grösster Beliebtheit für Anwohner und Besucher. Insbesondere die Buvetten sind gut frequentiert.

Auch der Erstunterzeichnete freut sich als direkt betroffener Anwohner, dass die Betreiber der Buvetten für einen ordentlichen Betrieb sorgen, in der Regel die Betriebszeiten einhalten und die beanspruchte Allmend im und rund um den Betrieb sauber halten. Die Anwohner gehören nach eigener Wahrnehmung im Übrigen regelmässig zu den besten Gästen. Demgegenüber herrscht in den "Buvetten"-freien Zonen schon ab den ersten Sonnenstrahlen eher ein degoutanter Belagerungszustand, auf welchen hier nicht weiter eingegangen wird.

Trotz der erfreulichen Entwicklung und des grossen Anklangs dürfen die Buvetten ihren Betrieb nur während maximal sechs Monaten geöffnet haben. Dies ist zumindest den im Kantonsblatt publizierten Allmendbewilligungen zu entnehmen (z.B. Kantonsblatt Nr. 23 vom 23.3.2011 oder Nr. 38 vom 10.3.2012). Das mag im letzten verregneten Frühling weniger ins Gewicht gefallen sein, in diesem schönen Frühjahr hingegen haben die Buvetten unnötigerweise erst spät geöffnet, um nicht in die Falle einer behördlich verordneten Schliessung bei schönem Herbstwetter zu tappen.

Es ist für die Anzugstellenden nicht ersichtlich, aus welchen Gründen der Regierungsrat eine behördlich verordnete Beschränkung der Betriebsdauer als erforderlich erachtet. Vielmehr ist den betroffenen Gastwirten zuzutrauen, selbst aus ökonomischen Überlegungen den richtigen zeitlichen Rahmen ihres Betriebs festzulegen.

Der Regierungsrat wird daher von den Unterzeichneten ersucht, für die Aufhebung dieser Betriebsbeschränkungen besorgt zu sein, und dabei insbesondere zu prüfen und zu berichten, wie eine unbürokratische Verlängerung der Betriebsdauer im Herbst 2014, sofern seitens der Betreiber erwünscht, sicherlich aber in der Saison 2015 ermöglicht werden kann, und welche Rechtsgrundlagen anzupassen sind, damit die Limitierung der Betriebsdauer der Buvetten auf sechs Monate aufgehoben wird.

Mark Eichner, Stephan Mumenthaler, Tanja Soland, Conradin Cramer, Mirjam Ballmer, Roland Lindner, Katja Christ, Elias Schäfer, René Brigger, Ernst Mutschler, Erich Bucher, Pasqualine Gallacchi

**7. Anzug betreffend besserer Standort für die Serra-Skulptur**

14.5274.01

Vor 20 Jahren wurde der Stadt Basel durch kunstbegeisterte Bürger und Bürgerinnen dank einer Sammlung von 1 Mio. Franken die 80 Tonnen schwere Eisenskulptur von Richard Serra "Intersections" geschenkt. Es war ursprünglich geplant, sie im Rahmen der "transForm" Ausstellung im Hof des Kunstmuseums zu installieren, was aber aus technischen Gründen nicht möglich war und sie wurde deshalb auf dem Vorplatz des Theaters aufgestellt. Geplant war eine temporäre Installation. Auch wenn die Qualität der Skulptur durchwegs sehr geschätzt wurde, war ihr Standort von Anbeginn umstritten. Immer mehr stellte sich leider heraus, dass ein solch monumentales Werk im öffentlichen Raum und besonders am Vorplatz des Theaters grosse Schwierigkeiten hat, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Die Hoffnung, dass die Theaterbesucher sich interessiert in den Pausen durch die Skulptur bewegen, erfüllte sich ebenso wenig wie der erhoffte Respekt gegenüber dem Kunstwerk, das als Graffiti-Wand und als Pissoir erhalten muss. Der Schluss, dass der Theaterplatz der falsche Standort für diese Skulptur ist, ist deshalb logisch. Sie hat Besseres verdient! Im Rahmen der Neugestaltung der Innerstadt ist es deshalb angebracht, sich auch Gedanken zum Standort von "Intersections" :zu machen.

Die Unterzeichneten bitten deshalb die Regierung, folgende Fragen zu prüfen und dem Grossen Rat zu berichten:

- Wie beurteilt die Regierung den jetzigen Standort der Serra-Skulptur "Intersections"?
- Gibt es im Rahmen der Neugestaltung der Innerstadt andere und bessere Standorte?
- Wenn in der Innerstadt kein solcher Standort gefunden werden kann, wo wäre dies in der Stadtperipherie möglich zB. im Wenkenhof Park in Riehen?

Heiner Vischer, Patricia von Falkenstein, Raoul I. Furlano, Thomas Müry, Christine Wirz-von Planta, Helen Schai-Zigerlig, Christian von Wartburg, Otto Schmid, Katja Christ, Martina Bernasconi, Ernst Mutschler, Peter Bochsler, Thomas Grossenbacher, Anita Lachenmeier-Thüring, Brigitte Heilbronner, Karl Schweizer, Toni Casagrande, Emmanuel Ullmann, Joël Thüring, Michael Koechlin, Daniel Goepfert, Roland Lindner, Sibylle Benz Hübner, Christophe Haller, Conradin Cramer, Thomas Strahm, Pasqualine Gallacchi, Remo Gallacchi

**8. Anzug betreffend ressourcenschonende Ernährung**

14.5277.01

Ein Drittel aller Lebensmittel, pro Jahr also rund 2 Millionen Tonnen, wird in der Schweiz nicht konsumiert. Dies betrifft die vermeidbaren Verluste und bemisst sich an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Rund die Hälfte der Abfälle werden in Haushalten und der Gastronomie (Konsum) verursacht: Pro Person landen hier täglich 320 Gramm einwandfreie Lebensmittel im Abfall. Dabei belasten Fleischprodukte im Vergleich zu pflanzlichen Produkten die Umwelt am stärksten. Zudem gilt, je weiter ein Produkt transportiert, je länger es gelagert wird und je mehr ein Produkt verarbeitet ist (sog. Convenience-Produkte), desto schädlicher sind sie grundsätzlich für die Umwelt (vgl. Bericht Lebensmittelverluste in der Schweiz - Ausmass und Handlungsoptionen, Oktober 2012, abrufbar unter [www.foodwaste.ch/downloads/](http://www.foodwaste.ch/downloads/)).

Die unnötige und nicht nachhaltige Produktion von Lebensmitteln bedeutet eine erhebliche Ressourcenverschwendung: In der Schweiz etwa entsteht 31 % der Umweltbelastung durch die Ernährung. Damit nimmt die Ernährung den gleichen Stellenwert ein wie die Bereiche Wohnen und Verkehr (Vgl. dazu die Zahlen von Eaternity, abrufbar unter [www.http://eaternity.ch/facts/](http://eaternity.ch/facts/)). Zudem bringen die Entsorgung von Lebensmitteln und der hohe Konsum von Tierprodukten enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen mit sich (gemäss der UNO-Welternährungsorganisation FAO verursacht die Nutztierhaltung 14.5% der THG-Emissionen. Sie ist damit ebenso klimaschädlich wie der Verkehr mit 15%). Aber Foodwaste und hoher Tierproduktkonsum belasten nicht nur unsere Umwelt, sondern führen auch zu Mehrkosten und belasten damit das Haushaltsbudget sowie unsere Staatsausgaben unnötig. Gleichzeitig verknappt eine durch Verlust erhöhte Nachfrage das weltweite Angebot an Lebensmitteln, während die Ernährungssicherheit vieler Menschen nicht gewährt ist (vgl. dazu ausführlich den umfassenden Bericht Lebensmittelverluste in der Schweiz - Ausmass und Handlungsoptionen, Oktober 2012, abrufbar unter [www.foodwaste.ch/downloads/](http://www.foodwaste.ch/downloads/)).

Auf internationaler Ebene werden Möglichkeiten zur Reduktion der Nahrungsmittelabfälle bereits breit diskutiert. In der EU etwa hat sich das Europäische Parlament zum Ziel gesetzt, das Ausmass des Foodwaste bis ins Jahr 2025 zu halbieren. Zudem spricht sich die UNO für eine vermehrt pflanzliche Ernährung zur Bekämpfung des Welthungers, Armut und Klimawandels aus. Auch der Bund hat mittlerweile ein Teil der Problematik erkannt und eine Projektgruppe zum Thema Foodwaste ins Leben gerufen sowie eine vertiefte Analyse der Thematik in der Schweiz in Aussicht gestellt (vgl. dazu die Antwort des Bundesrates vom 16. Mai 2012 auf die Interpellation von Tiana Moser, Vermeidung von Lebensmittelabfall, 12.3300). Die Bestrebungen auf nationaler und globaler Ebene gilt es regional umzusetzen. Ergänzend zu den Bemühungen auf Bundesebene müssen jetzt die Kantone aktiv werden. Bereits ist vom Projekt Sentience Politics im Kanton Basel-Stadt eine Volksinitiative geplant mit dem Anliegen, die pflanzliche Ernährung zu fördern (vgl. dazu das Positionspapier, abrufbar unter <http://sentience.ch/wissen/nachhaltige-ernaehrung-2020/> sowie die Initiativtexte von Sentience Politics, abrufbar unter [www.sentience.ch/initiativen/](http://www.sentience.ch/initiativen/)). Das Anliegen ressourcenschonender Ernährung gilt es umfassend umzusetzen.

Die Regierung wird beauftragt, zu prüfen durch welche Massnahmen im Kanton Basel-Stadt Lebensmittelverluste verringert und die pflanzliche Ernährung gefördert werden können, insbesondere

1. wie zusammen mit allen Beteiligten der Lebensmittelkette, u. a. mit den Grossverbrauchern, der

Gastronomie, der Lebensmittelverarbeitung, dem Handel und den landwirtschaftlichen Produzentinnen und Produzenten usw., Massnahmen zur Förderung der nachhaltigen Ernährung im Kanton Basel-Stadt umgesetzt werden können.

2. wie eine realistische Berechnung der Haltbarkeitsdaten von Lebensmitteln durch den Kanton Basel-Stadt besser überprüft werden kann.
3. wie Projekte zur Bekämpfung von Foodwaste und zur Förderung der pflanzlichen Ernährung angeregt und besser unterstützt werden könnten. Als Beispiele sind hier die Förderung der direkten Vermarktung (regionale Märkte), die Förderung von pflanzlichen und frisch zubereiteten Menüs in öffentlichen Einrichtungen (Mittagstische, Kantinen, etc.), die Vermittlung von Lebensmittelüberresten der Gastronomie und des Detailhandels an interessierte Stellen oder die finanzielle Unterstützung von Startups, die Lebensmittel wiederverwenden, zu nennen.
4. wie Haushalte etwa durch entsprechende Kampagnen oder die Integration der Thematiken Foodwaste und pflanzliche Ernährung in den Schul- und Berufsbildungsunterricht (insbesondere Hauswirtschaftsunterricht und Kochlehre) auf die Problematik sensibilisiert werden könnten.
5. die Gründung einer kantonalen Fachgruppe zur Thematik der Umweltbelastung durch die Ernährung, die sich mit Foodwaste und den Auswirkungen des hohen Tierproduktekonsums beschäftigt und im Austausch mit der Projektgruppe des Bundes steht.

Nora Bertschi, Annemarie Pfeifer, Martina Bernasconi, Heiner Vischer, Eduard Rutschmann, Sibylle Benz Hübner, Brigitta Gerber, Alexander Gröflin, Andreas Zappalà, Sarah Wyss

## Schriftliche Anfragen

### 1. Schriftliche Anfrage betreffend Erstellung einer temporären Schlittschuhbahn

14.5306.01
------------

In vielen Gemeinden und Städten wie Bern, Chur, Küsnacht (ZH), Lausanne, Locarno und weiteren werden im Winterhalbjahr temporäre Eisflächen oder Kunststoffbahnen für Eisläuferinnen und Eisläufer erstellt. Auch in Basel hatten wir vor einiger Zeit während mehreren Wintersaisons Kunsteisbahnen im Garten der Kunsthalle und im Innenhof des Kunstmuseums, diese waren nicht nur wegen der speziellen Umgebung sehr beliebt. Der Verzicht auf die Platzierung solcher temporären Einrichtungen wird von vielen Leuten bedauert. Es wäre zu begrüssen, wenn in Zukunft wieder eine Bereicherung unserer Stadt an geeigneten Standorten durch solche Eislauf-Gelegenheiten erfolgen könnte. Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Besteht Bereitschaft, in Zukunft solche Kunsteis- oder Kunststoffflächen in Basel zur Verfügung zu stellen?
- Wäre eine solche Einrichtung nicht eine ideale Bereicherung des Weihnachtsmarkts auf dem Münsterplatz?
- Sieht der Regierungsrat andere Orte, wo eine Eislaufanlage erstellt werden könnte?

Patricia von Falkenstein

### 2. Schriftliche Anfrage betreffend Kennzeichnung von e-Bikes

14.5307.01
------------

Auf unseren Strassen sind immer mehr Elektro-Velos unterwegs. Hauptunterschied zu ausschliesslich mit Muskelkraft betriebenen Velos ist die deutlich höhere Geschwindigkeit. Die Einschätzung von Verkehrssituationen für Fussgängerinnen und Fussgänger wie für Autofahrerinnen und Autofahrern ist eine andere als bei gewöhnlichen Velos. Daraus können sich gefährliche Situationen ergeben. Profis im Strassenverkehr wie Bus- und Tramchauffeure, Taxifahrer, Fahrlehrerinnen etc. kennen zahlreiche gefährliche Situationen.

Elektro-Velos sind nur von hinten am Nummernschild zu erkennen; dies gilt allerdings auch nicht für alle. Von vorne sind sie nicht von anderen Velos zu unterscheiden. Es wäre sinnvoll, wenn auch entgegenkommende und übrige Verkehrsteilnehmerinnen und –Teilnehmer schnellere E-Bikes als solche erkennen könnten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Erachtet es der Regierungsrat auch als sinnvoll, wenn mit geeigneten Massnahmen versucht wird, möglichen Gefahren zu begegnen, die sich durch die weitere Verbreitung der E-Bikes auf unseren Strassen ergeben?
- Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, auf die Eidgenössische Gesetz- und Verordnungsgebung einzuwirken, um geeignete Massnahmen zu fordern, welche die erkannten Gefahren reduzieren können?
- Wäre eine Kennzeichnung von E-Bikes, die auch von vorne erkennbar ist, eine solche Massnahme, welche Gefahren vorbeugen könnte?
- Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, das beschriebene Phänomen wirkungsvoll anzugehen?

Patricia von Falkenstein

**3. Schriftliche Anfrage betreffend Aufnahme syrischer Flüchtlinge**

14.5311.01

Aus der Medienmitteilung vom 18. Juni 2014 geht hervor, dass der Kanton Basel-Stadt weitere syrische Flüchtlinge aufnehmen wird. Während die sich in Basel befindenden Liegenschaften namentlich genannt wurden (Sigristenhaus der Kirche Heiliggeist; Freiburgerstrasse 62, nahe dem Grenzübergang Otterbach), fehlt eine entsprechende Angabe für den Standort in Riehen. Bekannt ist, dass syrische Flüchtlinge seit ein paar Wochen im Mattenhof einquartiert sind. Aus der Presse konnte man zudem Meldungen entnehmen, dass es sich beim Standort Freiburgerstrasse um das Otterbachgut handelt, welches bis anhin vermietet war. Einem Teil der Mieter wurde offensichtlich gekündigt.

Der Fragesteller ist durchaus der Meinung, dass die Aufnahme syrischer Flüchtlinge auch in Basel-Stadt richtig ist. Dennoch drängen sich ihm einige Fragen auf:

1. Zum Standort Riehen:
  - a) Wo werden die syrischen Flüchtlinge in Riehen untergebracht und warum wurde der Standort nicht genannt?
  - b) Befindet sich diese Liegenschaft im Eigentum der Einwohnergemeinde oder wurde sie angemietet?
  - c) Wie war der Verwendungszweck dieser Liegenschaft bis anhin?
2. Zum Standort Freiburgerstrasse 62
  - a) Wie lautet der Kündigungsgrund der noch bestehenden Mietverhältnisse?
  - b) Seit wann steht der Rest der Wohnungen leer?
  - c) Hätten diese Wohnungen nicht dem Zweck des WRFG entsprechend an Mietsuchende vermietet werden können (§ 16. Bereitstellung von günstigem Mietwohnraum für besonders benachteiligte Personen)?
3. Generell
  - a) Wie gedenkt der Regierungsrat diese beiden Liegenschaften inskünftig zu nutzen?
  - b) Ist die Überlassung von Wohnraum an Flüchtlinge auch Bestandteil einer Immobilienstrategie und wenn ja, wie sieht diese aus?

Andreas Zappalà

**4. Schriftliche Anfrage betreffend "Leimental-Bus-Express" – eine Alternative zum Margarethenstich?**

14.5341.01

Im Zusammenhang mit dem Ratschlag des Regierungsrates zur Tramverbindung Margarethenstich (Nr. 13.1889.01) entstand im Nachgang zur Abstimmung über das Tram Erlenmatt in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt eine intensive Diskussion über das Kosten-/Nutzenverhältnis dieser geplanten Verbindung aus dem Leimental an den Bahnhof SBB. Neben der Beteiligungs- und Kostenfrage und der Frage der Auslastung wurde insbesondere auch die mögliche Querung der Binneringerstrasse, als zusätzlicher Staufaktor für den Individualverkehr (Achse Binningen-Basel), von verschiedenster Seite als kritisch betrachtet.

Gemäss Bericht in der bz basel ist insbesondere im Baselbiet der Meinungsbildungsprozess zu diesem partnerschaftlichen Geschäft noch nicht so weit gediehen wie in der Stadt - das Geschäft liegt noch nicht bei der landrätlichen Bau- und Raumplanungskommission BPK. Dieser Umstand ermöglicht es wiederum, dass das Projekt insgesamt noch einmal kritisch begutachtet und allfällige Alternativorschläge geprüft werden können, zumal seitens des Leimentals grosse Zweifel an der Notwendigkeit einer solchen Linie eingebracht werden.

Eine kostengünstige und rasch umsetzbare Alternative zum Projekt einer Tramverbindung wäre die Einführung einer Buslinie („Leimental-Bus-Express“) mit Endstation Bahnhof SBB, welche zu den Stosszeiten das Leimental mit dem Bahnhof SBB erschliessen könnte.

Ich bitte den Regierungsrat daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wäre ein „Leimental-Bus-Express“ eine aus Sicht des Regierungsrates realistische Alternative zur Tramverbindung „Margarethenstich“
2. Wie hoch wären, im Vergleich zum Bau der Tramlinie, die Kosten für die Realisierung einer solchen Buslinie?
3. Ist der Regierungsrat bereit, diese Idee gemeinsam mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft weiter- und tiefgehend zu prüfen und bis zum Abschluss dieser Prüfung die Entscheidung betreffend o.g. Ratschlag - gerade auch im Hinblick eines sich androhenden Referendums gegen den Grossratsbeschluss - auszustellen?

Joël Thüring

**5. Schriftliche Anfrage betreffend Zweckentfremdung von Wohnhäusern**

14.5342.01

In der Anzugsbeantwortung betreffend Erstellung eines Konzepts zur Prostitution von Ursula Metzger schreibt der Regierungsrat, dass verschiedene Prozesse gegen die Anstrengung von nachträglichen Baubewilligungsverfahren im Falle von Nutzungsänderungen in Sexbetriebe im Moment hängig sind.

Die Betreiber versuchen sich dabei entweder auf den Besitzstand zu berufen oder auf die Behauptung zu stützen, dass ihr Betrieb kein Sexbetrieb sei.

Es stellen sich folgende Fragen:

- Wie viele Umnutzungsgesuche sind hängig?
- Wie viele davon sind Baubewilligungsverfahren auf Grund nachträglicher Nutzungsänderungen?
- Welche Anstrengungen unternimmt das BGI um die ca. 220 Sexsalons/Bordelle über die Notwendigkeit der Umnutzungsbewilligungen zu informieren?
- Wie viele davon gelten als umstritten auf Grund von Besitzstandansprüchen und Behauptungen, kein Sexbetrieb zu sein?
- Was sind die Grundlagen für den Besitzstand?
- Welche Möglichkeiten hat die Nachbarschaft um „ihren“ Besitzstand geltend zu machen?
- Der Regierungsrat schreibt weiter: Vom erwähnten "dosierten Eingreifen" machte das damalige Polizei- und Militärdepartement im Jahre 1999 Gebrauch, als es die Schliessung zweier bordellähnlicher Liegenschaften an der Sperrstrasse verfügte. Seither ergab sich kein Fall mehr, in dem Belästigungen ein Ausmass erreicht hätten, die eine Schliessungsverfügung gerechtfertigt hätte. Nach welchen Kriterien wird das Ausmass beurteilt? Wie unterscheidet sich das Ausmass der Liegenschaft an der Sperrstrasse 45 und 47 zur Liegenschaft Klingental 18 oder FKK Sauna Club Amerbachstrasse 45?

Kerstin Wenk

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Lokal für die alevitische Gemeinde im Kanton Basel-Stadt**

14.5343.01

Die beiden alevitischen Kulturzentren in der Region Basel bestehen seit mehr als 25 Jahren. Die Kulturvereinigung der Aleviten und Bektaschi Basel sowie das Alevitische Kulturzentrum Regio Basel wurden am 17. Oktober 2012 gemäss § 133 des Kantons Basel-Stadt anerkannt.

In Basel und Umgebung leben ca. 8'500 Aleviten. Viele von ihnen haben eine gute Bindung zu diesen Vereinen. Die beiden Vereine bemühen sich seit Jahren, für ihre Aktivitäten einen Ort zu finden.

Die alevitische Gemeinde in Basel ist mit zwei Lokalitäten eingemietet, nun möchten diese beiden Vereine in einem Standort zusammenziehen, um die Bedürfnisse optimal abzudecken.

Es wäre bedauerlich, wenn die alevitische Gemeinde aus Basel wegen Lokalproblematik wegziehen würde, da diese beiden Vereine seit Jahren zur Integration der türkeistämmigen Mitbürger beispielhafte Beiträge leisten.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann der Kanton Basel-Stadt ein entsprechendes Lokal zu einem akzeptablen Mietzins zur Verfügung stellen?
2. Hat der Kanton Basel-Stadt ein entsprechendes Lokal zum Kauf anzubieten?

Murat Kaya

**7. Schriftliche Anfrage betreffend Auftritt der Scientologen auf öffentlichem Grund, dem Barfüsserplatz, während der Art Basel**

14.5344.01

Die Scientologen feiern am Wochenende des 20./21.6. offensichtlich auf dem Barfüsserplatz das 40-jährige Bestehen ihrer "Kirche" in der Schweiz. Der Begriff Kirche ist irreführend. „Je nach Standpunkt halten Experten Scientology für eine Sekte, ein bizarres profitorientiertes Unternehmen, ein Netzwerk von Verschwörungen oder für eine kriminelle Vereinigung“ (TaWo, 4.11.2013, U. Theiss). Zum runden Geburtstag organisieren die Scientologen eine „Informationsveranstaltung“ zu „Zahlen, Fakten“, und auch „Plänen“ sowie „Aktivitäten“ (s. Einladungstext). Sie haben den Platz an zwei vollen Tagen von 11-18Uhr gemietet.

In diesem Zusammenhang bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie viel kostet es Scientology als privates, profitorientiertes Unternehmen, den Barfüsser zu mieten? Verschiedene Nachbarländer haben sehr schlechte Erfahrungen betreffend Zahlungswillen gemacht. In Frankreich wurde eben in letzter Instanz das scientologische «Celebrity Center» sowie die Buchhandlung "SEL", zwei Herzstücke der französischen Organisation, wegen Betrugs zu 600'000 Euro Geldstrafe verurteilt (Oktober 2013). Ähnliche Prozesse laufen auch in Deutschland.

2. Gab es keine weiteren Interessenten für dieses prominente Datum? Der Kanton/ die Stadt führt zurzeit mit der Messe Basel einen ihrer wichtigsten, internationalen Anlässe, die Art Basel, durch. Ist es in diesem Zusammenhang nicht auch unverständlich, einen der drei zentralen Plätze ausgerechnet an die Scientologen zu vergeben? War das dem Regierungsrat bewusst?
3. Vor zehn Jahren kündete der Scientology-Chef David Miscavige den Start eines Programms zur Schaffung von Kirchen auf der ganzen Welt an. Laut eigenen Angaben hat Scientology dafür bis heute 70 Gebäude in Städten auf der ganzen Welt erworben. Darunter sind etwa Birmingham, Oslo, Budapest, Rom, Kopenhagen, Hamburg, Brüssel – und interessanterweise auch Basel (TaWo, 4.11.2013, U. Theiss). Wegen der Art Basel? Ist zur Standortwahl der Regierung näheres bekannt? Wird Scientology auch nächstes Jahr während der Messe den Barfüsserplatz oder einen ähnlich zentralen Platz mieten können/ dürfen?
4. Mitgliederwerbung auf öffentlichem Grund/ das Verteilen von Werbematerial ohne Bewilligung ist Veranstaltern untersagt. Die Änderung des im Jahre 1998 ergänzten Übertretungsstrafgesetzes vom 15. Juni 1978 (SG 253.100) besagt, dass nach § 23a Abs. 1 bestraft werde, wer durch täuschende oder unlautere Methoden Passantinnen und Passanten auf der Allmend anwirbt oder anzuwerben versucht. Die Polizei ist befugt, Anwerbende von einzelnen Orten oder generell wegzuweisen, wenn Anzeichen dafür bestehen, dass bei der Anwerbung widerrechtliche, insbesondere täuschende oder sonst unlautere Methoden angewendet oder Passantinnen und Passanten in unzumutbarer Weise belästigt werden (Abs. 2). Mit dieser Norm verfügt die Polizei über ein Instrument, um ein allfälliges penetrantes Auftreten von Scientology auf dem öffentlichen Grund zu unterbinden. Wird sie am betreffenden Wochenende diese Norm aktiv überprüfen, einschreiten und später dem Grossen Rat berichten?
5. Anzahl Anlässe: Mit einem Schreiben aus dem Jahre 2004 wurden die Aktionen der Scientology auf Allmend in Form von Informationsständen durch die Allmendverwaltung des Tiefbauamtes auf sechs Aktionen, alternierend jeweils an einem anderen Standort, beschränkt. Zusätzlich kann pro Jahr für eineinhalb Tage eine grössere Informationsaktion stattfinden. Im Dezember (Advent) ist die Allmend für Aktionen gesperrt. Die Zustimmung dieser Massnahme erfolgte durch die/ den DepartementsvorsteherIn (so die Antwort RR auf eine Interpellation Annemarie Pfeifer). Mit Schreiben vom 28. August 2007 wurden auch die Aktionen des Vereins „Sag Nein zu Drogen“ in Form von Informationsständen durch die Allmendverwaltung auf drei Aktionen pro Jahr, alternierend an einem anderen Standort, beschränkt. Der Verein „Sag Nein zu Drogen“ sowie "Bürgerkommission für Menschenrechte" (CCHR) steht in engem Verhältnis zu Scientology.

2010 haben die drei Organisationen bei der Ombudsstelle Basel vorgesprochen und sich über die Kontingentierung beschwert, so die Regierung in ihrem Bericht. In einer gemeinsamen Sitzung mit der Ombudsstelle, der Allmendverwaltung und den Organisationen wurde bestätigt, dass weiterhin die Regelungen, welche in den Schreiben vom 9. März 2004, respektive vom 28. August 2007 festgehalten wurden, bestehen bleiben. Es wurde vereinbart, dass die drei Organisationen sechs zusätzliche Auftritte pro Jahr durchführen können, welche flexibel untereinander aufgeteilt werden können (so Antwort RR auf Interpellation Annemarie Pfeifer). Bedeutet dies, dass die zusätzlichen eineinhalb Tage für "grössere Informationsaktionen" (s.o.) weggefallen sind? Wenn nein, warum kann Scientology an ihrer "Informationsveranstaltung" (siehe Einladungstext) auf dem Barfüsserplatz zwei Tage lang werben, ist dies nicht entgegen den dem Grossen Rat gegenüber kommunizierten Abmachungen?

Brigitta Gerber

#### 8. Schriftliche Anfrage betreffend Fachliche Expertise zur Bedarfsangemessenheit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in der Stadt Basel

14.5345.01
------------

In Bezug auf die „Fachliche Expertise zur Bedarfsangemessenheit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Basel“ stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Welchen kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsbedarf innerhalb der vier definierten Altersgruppen (5- bis 6-Jährige; 7- bis 12-Jährige; 13- bis 17-Jährige; 18- bis 25-Jährige) erkennt das Erziehungsdepartement aufgrund der Resultate und Empfehlungen der Expertise?
2. Welchen zeitlichen Fahrplan sieht das Erziehungsdepartement vor, um die Ergebnisse der Expertise, wie im Kapitel 9 (Ausblick) formuliert, mit den Trägerschaften und Akteuren der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu besprechen und in die Planung einfließen zu lassen?
3. Die Expertise fordert unter anderem ein sogenanntes Fachkonzept der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Basel. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:
  - a. Welche Teile des vom Regierungsrat verabschiedeten Konzepts „Offene Kinder- und Jugendarbeit 2006“ haben nach wie vor Gültigkeit, welche gelten als erledigt?
  - b. Welche Verbindlichkeit kommt dem Planungsbericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ des Bereichs Jugend, Familie und Sport vom Januar 2011 zu?
4. Die Expertise formuliert folgende Zielsetzung zum Verhältnis zwischen Subventionsgeber und Subventionsempfänger: „Weg von einer Amtsautorität hin zu diskursiver Fachautorität“. Konkret wird empfohlen, "ein dialogisches und beteiligungsorientiertes Steuerungskonzept zu entwickeln". Wie stellt sich das Erziehungsdepartement zu dieser Empfehlung?
5. Die Expertise schlägt eine handlungsübergreifende Kooperation mit den Tagedstrukturen der Schule vor:



- a. Welche Haltung vertritt das Erziehungsdepartement gegenüber einer engeren Kooperation zwischen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und den Tagesstrukturen und ihren Angeboten?
  - b. Erkennt das Erziehungsdepartement Synergiepotenzial zwischen den beiden Bereichen?
  - c. Ist eine Zusammenarbeit des Bereichs Bildung mit dem Bereich Jugend, Familie und Sport in dieser Frage vorgesehen?
6. Welche Erkenntnisse bzw. Ergebnisse aus der Expertise beeinflussen die im 2015/2016 anstehenden Subventionsverhandlungen und Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit?
  7. Welche Relevanz hat die Expertise für das Projekt "Finanzierung OKJA"?
  8. Welche Verantwortung bezüglich Weiterbearbeitung der Expertise übernimmt die Abteilung Jugend- und Familienförderung und welche die Abteilung Jugend- und Familienangebote? Was sind die konkreten nächsten Schritte?

Thomas Gander

#### 9. Schriftliche Anfrage betreffend Liegenschaft Klingental 18

14.5346.01

Die Situation rund um die Liegenschaft Klingental 18 hat sich auf Grund der wärmeren Temperaturen für die Anrainer weiter verschlechtert. Das Restaurant Ballade schliesst den Betrieb per 31. August 2014, weil u.a. die Auswirkungen der Ausbreitung der Prostitution untragbar geworden sind. Am Runden Tisch „Klingentalplatz“ vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel geleitetes Austauschgremium zwischen Anwohner und Verwaltung wurden einmal mehr die Anliegen der Anrainer gesammelt und diskutiert. Der Austausch ist wichtig, aber die Abklärungen der Verwaltungsstellen brachten bisher keine Verbesserungen im Sinne der Anrainer.

Es stellen sich folgende Fragen:

- Was passiert mit den Polizeirapporten? Werden die Beanstandungen gesammelt? An wen werden diese weitergeleitet mit welchem Ziel?
- Wie wird nachgewiesen, ob in den Räumlichkeiten der Liegenschaft nicht nur gearbeitet sondern auch gewohnt wird?
- Wer kontrolliert die Liegenschaften nach diesen Vorgaben?
- Was braucht es für die Schliessung eines Bordells?
- Wie läuft eine Schliessung detailliert ab?
- Wenn eine Umnutzung von einer Wohnung älter als 30 Jahre ist, braucht es kein Umnutzungsgesuch mehr. Wer kontrolliert im konkreten Fall ob die Liegenschaft Klingental 18 schon länger als 30 Jahre als Bordell genutzt wird? (Wir wissen von Nachbarn an der Webergasse im Hinterhof gegenüber, dass dem nicht so ist).
- Wie hoch dürfen untervermietete Wohnungen/Zimmer über dem Mietpreis liegen? Stimmt die Angabe 25-30%?
- Werden die Einnahmen durch die Vermietung von teuren Zimmern in den Steuerklärungen der Vermieter überprüft? (Es wurden ja einige Namen in den Zeitungen genannt).
- Wann wird die Verschlagwortung für Bewilligungen für Sexsalons auf der Bewilligungsseite des Kantons BS im Sinne der Information für alle Gewerbetreibende unter Berücksichtigung des Öffentlichkeitsprinzip umgesetzt? ([www.bewilligungen.bs.ch](http://www.bewilligungen.bs.ch))

Urs Müller-Walz

#### 10. Schriftliche Anfrage betreffend wie werden die politischen Kompetenzen in Basel gefördert?

14.5280.01

In Staatskunde war ich immer der Klassenbeste, sei es im Gymnasium oder im KV. Immer die Note 6.

In der Politikdidaktik findet sich eine breite Diskussion über Bildungsziele, über die Bürgerrolle oder über die relevanten gesellschaftlichen Herausforderungen für den Politikunterricht. Die konkreten Kompetenzen, die Schüler erwerben sollen, lassen sich hieraus jedoch genauso wenig logisch ableiten wie früher die gewünschten Lernziele. Der gesteuerte Aufbau von Wissen, Können und Verstehen im Politikunterricht kann daher nur auf Basis einer theoretisch begründeten Klärung der zu fördernden Kompetenzen erfolgen. Daran anknüpfend lassen sich Vorstellungen über „gute“ Lernaufgaben und „gute“ Inszenierungen von Unterricht entwickeln.

1. Wie findet heute in Basel der Staatskunde-Unterricht statt?
2. Welche Bücher werden dazu eingesetzt? Bitte Name des Buches und Name des Autors nennen?
3. Kann interessierten Grossräten diese Lektüre bitte auch zur Verfügung gestellt werden?

Eric Weber

**11. Schriftliche Anfrage betreffend Prostitution in Basel**

14.5281.01

Die Prostitution boomt, auch in Basel. Die Konkurrenz wird immer grösser. So bietet der Salon Succes an der Schönaustrasse Sex ohne Kondom an. Nachgewiesenermassen geht wegen ungeschützten Verkehrs im Milieu ein höheres Gefahrenpotenzial in Bezug auf die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten aus. Die Folgen zahlt die Gesellschaft über Krankenversicherungen.

Deshalb möchte ich dem Regierungsrat folgende Fragen stellen:

Wie steht der Regierungsrat dazu, dass in Basel Kauf-Sex ohne Kondom angeboten wird?

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis darüber, wie sich in Basel Geschlechtskrankheiten ausbreiten? Wie stellt sich die Situation dar?
2. Nehmen wir an, jemand holt sich in diesem Club an der Schönaustrasse Aids. Er wird krank. Die Mädchen kommen alle aus Frankreich und haben keinen Wohnsitz in Basel. Wohin kann sich dann der kranke Kunde wegen Schadenersatz wenden?
3. Erachtet der Regierungsrat es für nötig, hygienische Mindeststandards in Bordellen und von Prostituierten zu fordern oder dort eine Kondompflicht einzuführen?

Eric Weber

**12. Schriftliche Anfrage betreffend wie kann man den Siloturm besichtigen?**

14.5282.01

Ich muss diese Anfrage starten. Da man von Basel Tourismus keine Antwort bekommt.

In einem Lift können die Besucher den 1923 erbauten Siloturm 52 Meter in die Höhe fahren und auf der Terrasse den Ausblick geniessen. Faszinierend zeigt sich von hier oben der Rheinhafen. Berauschend auch der Blick ins Sundgauer Hügelland im Nordwesten oder Richtung Süden, wo sich die Kette des Blauen zeigt. Dank einer Panoramakarte kann man sich gut orientieren.

Nun ist der Turm sehr oft geschlossen. Früher war er fast jeden Tag offen. Die Touristen und Basler stehen vor verschlossenen Türen.

1. Wann ist der Siloturm an der Hafenstr. 7 geöffnet? Wie sind die Öffnungszeiten?
2. Wo bekommt man den Schlüssel, wenn man auf den Siloturm will?
3. Wie und von wem wird der Siloturm verwaltet? Gehört er dem Kanton Basel-Stadt?

Eric Weber

**13. Schriftliche Anfrage betreffend wie ist es, wenn jemand Selbstmord machen will?**

14.5283.01

Viele Menschen haben keine Lust mehr zu leben. Sie finden die Welt zu egoistisch. Viele Menschen vertreten nur noch Einzelinteressen, ihre eigenen Interessen. Der Gesamt-Zusammenhang fehlt. Menschen, die sensibel reagieren, wollen oftmals nicht mehr. Menschen, die die Wahrheit sagen, werden bekämpft. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wenn jemand Selbstmord machen will, wohin kann er sich in Basel wenden, damit der Selbstmord auch klappt?
2. Ist die Firma Exit in Basel erlaubt oder verboten?
3. Wenn jemand Probleme hat, z.B. wegen Geldsorgen oder Probleme in der Ehe, wohin kann man sich in Basel wenden?

Eric Weber

**14. Schriftliche Anfrage betreffend Geo-Reportage über Basel und die "grillenden Migrantenfamilien, die am Kleinbasler Rheinufer stören" - so die deutsche Star-Zeitschrift**

14.5284.01

Im Reisemagazin GEO Saison, Ausgabe Mai 2014, findet sich eine Reportage mit vielen Bildern über Basel. Unter dem Titel „Der Triumph des kleinen Glücks“ wird Basel über mehrere Seiten abgehandelt. Auf Seite 34 steht, Zitat: 1“Am Kleinbasler Rheinufer stören nun grillende Migrantenfamilien.“ Das sitzt. Bei weiteren Negativ-Punkten über unsere Stadt, steht unter der Rubrik 1“Lieber nicht“ mit Fingerzeig nach unten, Zitat: „... Taxi fahren. Schon der Grundpreis beträgt mehr als 5 Euro, der Kilometer kostet 3,10 Euro, am Abend sogar noch mehr. Selbst im kleinen Basel wird man so schnell sein Geld los.“

1. Wie viele Tage war Martina Wimmer (Text) für diese Geo-Reportage nach Basel eingeladen?

2. Wie viele Tage war Dagmar Schwelle (Fotos) für diese Geo-Reportage nach Basel eingeladen?
3. Ist es richtig, dass Basel-Stadt die Hotelkosten übernommen hat und pro Person zwei Essensgutscheine abgegeben hat?
4. Ist es richtig, dass Schweiz Tourismus die Flug- oder Eisenbahn-Anreise, 1. Klasse, nach Basel (und wieder zurück) übernommen hat?
5. Wie viele Frei-Exemplare von Geo Saison wurden nach Basel geliefert? Und an wen?
6. Wie sieht die Basler Regierung die Bemerkung über die hohen Taxi-Preise?
7. Wie sieht die Basler Regierung die Geo-Bemerkung über die 1“grillenden Migrantenfamilien, die am Kleinbasler Rheinufer stören“?

Eric Weber

**15. Schriftliche Anfrage betreffend warum tickt Basel nicht mehr anders? Was wurde aus dieser Werbe-Kampagne?**

14.5285.01

Der tickt nicht richtig. Damit ist gemeint, dieser Mensch spinnt. Aber genau mit diesem Spruch hat Basel im Ausland Werbung gemacht und wurde nur noch belächelt. Zu dieser Zeit war ich gerade nicht Grossrat, so dass ich keine Anfrage stellen konnte. Aber jetzt ist es so weit:

Der Kanton Basel hat seit Anfang 2000 ein Stadtmarketing. Im Zentrum der Aktivitäten des neuen Ressorts innerhalb des Wirtschafts- und Sozialdepartementes steht die Kampagne Basel tickt anders, die innert zweier Jahre zu einer Imageveränderung führen und zudem die Bekanntheit Basels im Ausland erhöhen soll.

Mit der Kampagne Basel tickt anders soll das kommuniziert werden, was Basel besonders attraktiv macht, in Basel selber sowie im In- und Ausland. Der Startschuss erfolgte Ende August 2000 mit sechs Kampagne-Sujets, die in Form von Plakaten und Inseraten sowie Tram- und Bahnwerbung eingesetzt werden.

Daneben wird die Kampagne auch über das Internet verbreitet: Unter [www.baselticktanders.ch](http://www.baselticktanders.ch) können Informationen und Sujets heruntergeladen, die einzelnen Sujets als E-Card verschickt oder Argumente, warum Basel anders tickt, angefügt werden.

1. Wann wurde die Kampagne Basel tickt anders, eingestellt?
2. Warum wurde die Kampagne Basel tickt anders, eingestellt?
3. Wie teuer kam die gesamte Kampagne Basel tickt anders?
4. Stimmt es, dass die neue Basel Kampagne nun heisst: Jetzt tickt Basel aber richtig?
5. Kann man eine Kampagne machen, auf diesen Namen: Basel tickt nach Eric Weber?

Eric Weber

**16. Schriftliche Anfrage betreffend woher kommt der Name Basel?**

14.5286.01

Gesichert ist bis heute keine einzige Deutung von unserem Stadt-Namen. Heisst Basel König, von Basileus (Griechisch) kommend? Oder heisst Basel grosses Wasser?

1. Gibt es neue Erkenntnisse über unseren Stadtnamen?
2. Basel gibt so viel Geld für Forschung, Vereine und andere Gruppen aus. Kann ein Wettbewerb ausgeschrieben werden oder sonst eine Arbeitsgruppe, die damit beauftragt wird, heraus zu bekommen, was Basel heisst?
3. Der Fragende dieser Zeilen hat vor 30 Jahren beim Briefkasten-Onkel der BaZ, Herrn Forster (schon gestorben) nachgefragt und da war die Antwort: Basel kommt von grosses Wasser oder von Schweinesuhle. Was stimmt nun heute?

Eric Weber

**17. Schriftliche Anfrage betreffend Gliederung und Verwaltung von unserem Kanton - wie ist das konkret gemeint?**

14.5287.01

Im Kanton Basel-Stadt, seit 1833 vom Kanton Basel-Landschaft getrennt, sind die gesetzgebende und die ausführende Behörde – die Legislative und die Exekutive – des Kantons und der Einwohnergemeinde der Hauptstadt identisch. Das heisst, der siebenköpfige Regierungsrat ist gleichzeitig Kantonsregierung von Basel-Stadt und Regierung der Stadt Basel.

Die beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen haben ihre eigenen Gemeindebehörden. Auf parlamentarischer Ebene präsentiert sich die Situation ähnlich. Der Grosse Rat (Legislative) mit seinen 130 Mitgliedern ist gleichzeitig

Parlament des Kantons Basel-Stadt und der Stadt Basel.

1. Ist es richtig, dass ein Einwohner von Riehen mehr politische Rechte hat, als z.B. ein Einwohner von der Stadt Basel (der nicht Bürger von Basel ist)? Denn der Riehener kann den Grossen Rat wählen und noch sein Parlament von Riehen. Denn nur ein Basler Bürger kann zusätzlich noch die Bürgergemeinde wählen.
2. Ist es richtig, dass Einwohner von Riehen bei Kantonal-Abstimmungen das Kantons-Ergebnis vom Kanton Basel-Stadt beeinflussen können? Z.B. hätten die Stadtbasler Ja gesagt, ganz knapp. Aber weil Riehen einen hohen Nein-Anteil hatte, sagte insgesamt der ganze Kanton Nein?
3. Wie kann diese Ungerechtigkeit ausgeglichen werden? Denn in einem souveränen Kanton kann und darf nicht sein, dass die Mehrheit, die Stadtbasler, von einer Minderheit, den Riehemern, tyrannisiert und schikaniert werden? Wie kann diese Ungleichheit abgeschafft oder verbessert werden?
4. Könnte die Stadt Basel sich vorstellen, dass wir uns von Riehen und Bettingen trennen? Dass Riehen und Bettingen sich an BL anschliessen müssten? Denn so wie bisher kann es nicht mehr weiter gehen.

Eric Weber

**18. Schriftliche Anfrage betreffend am Vorabend des Crashes: Plant die BIZ eine globale Weltwährung? Was weiss die Basler Regierung?**

14.5288.01

Alle zwei Monate treffen sich in Basel 18 Männer zu einem „Dinner“. Was nach einer Zusammenkunft gut gelaunter Herren klingt, ist tatsächlich eine konspirative Sitzung der mächtigsten Banker der Welt: der Vorsitzenden der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ). Seit geraumer Zeit ist Punkt 1 ihrer Agenda der Crash des globalen Finanzsystems. Die BIZ will den Kollaps herbeiführen, um die vollständige Kontrolle über die Finanzen der Welt zu erlangen.

Grossrat Eric Weber enthüllt, dass der verschworene Zirkel mehr Einfluss auf unser Finanzsystem hat als jeder andere. Denn hinter den Vorsitzenden der BIZ verbergen sich die wichtigsten Notenbanker der Welt: die Chefs von EZB, Fed & Co. Damit ist klar: Was die Gruppe hinter verschlossenen Türen in Basel vereinbart, wird über die Zentralbanken umgesetzt.

Trotz ihrer enormen Macht werden die BIZ und ihr Führungszirkel von keiner Aufsichtsbehörde, von keinem Politiker kontrolliert. Die Bank kann tun, was immer sie will. Das macht sie auch. Und sie geht seit jeher skrupellos vor, um ihren Einfluss auszuweiten. Zu einer globalen Grösse wurde die BIZ, weil sie die Finanztransaktionen für Hitler-Deutschland durchführte. Dabei fragte sie nie, woher das Geld der Nazis kam. Oder die auffallend hohen Mengen an Gold.

Nach dem Krieg förderte die BIZ das Konzept eines vereinten Europas. Später den Euro. Das Ziel: Eine globale Weltwährung. Aus gutem Grund: Eine Einheitswährung ist leicht zu manipulieren. Schon seit der Euro-Einführung arbeitet die BIZ an seiner Entwertung. Aber nicht nur daran. Mit diversen Massnahmen sorgt sie dafür, dass Währungen weltweit ausgehöhlt werden und Vermögen zusammenschmelzen. Die BIZ profitiert davon: Je geringer das Kapital des Volkes, desto grösser die Macht derer, die an den Hebeln des Finanzsystems sitzen.

Jetzt treibt die BIZ den Kollaps des Finanzsystems voran. Der Zusammenbruch ermöglicht ihr, die globale Finanzarchitektur neu zu ordnen.

1. Wann sind die nächsten BIZ-Treffen in Basel?
2. Wenn das der Regierungsrat nicht weiss, warum ist dies so? Heisst das dann, dass in unserem Kanton Geheim-Treffen stattfinden?
3. Die BIZ wirft einen negativen Schatten auf unseren Stadt-Kanton. Rein theoretisch gefragt: Könnte die Basler Regierung den Wegzug der BIZ verlangen? Dass die BIZ Basel verlässt?
4. Angenommen, es kommt zu dem Crash und es gibt eine Weltwährung. Basel würde weltweit bekannt mit diesem Negativ-Aspekt. Was meint dazu die Regierung?
5. Basel ist weltweit bekannt wegen dem FC Basel, wegen Grossrat Eric Weber und wegen Basel 1 und Basel 2 und Basel 3. Wenn nun der Crash droht, dann hat Basel weltweit über Jahrzehnte einen ganz ganz schlechten Ruf in der ganzen Welt. Kann die Regierung dafür Sorge tragen, dass die BIZ unsere Stadt verlässt? Oder will das der Regierungsrat nicht?
6. Was für Vorteile sieht der Regierungsrat, bringt uns die BIZ?
7. Welche Gelder bezahlt die BIZ an unseren Kanton?

Eric Weber

**19. Schriftliche Anfrage betreffend welche europäischen Regelungen und Gesetze gelten in Basel?**

14.5289.01

Basel und die Schweiz gehören nicht zur EU. Das ist gut so. Und das wird für immer auch so bleiben, weil wir Schweizer sind. Eidgenossen eben. Auch wenn wir im Ausland als „dummes Bergvolk“ (Süddeutsche Zeitung) verschrien und gemeinst lächerlich gemacht werden.

In der Badischen Zeitung vom 3. Mai steht folgendes: „Die Eidgenossenschaft hat inzwischen mehr europäische Regeln übernommen als Grossbritannien, ist aber gar kein Mitglied der EU.“

1. Welche Europäischen Regeln gelten in Basel?
2. Welche Europäischen Gesetze gelten in Basel?
3. Wenn man die EU nicht mag, was kann man dann machen?
4. Ist der Regierungsrat dafür, dass die Schweiz der EU beitrifft?
5. Könnte sich der Regierungsrat einen Austritt von Basel aus der Schweiz vorstellen, sollten ein paar Oberrhein-Anlieger (wie Teile von Elsass und Teile aus Baden-Württemberg) einen neuen Staat Oberrhein-Staat bilden?

Eric Weber

**20. Schriftliche Anfrage betreffend wie kann dem Basler Bus- und Tram-Museum geholfen werden?**

14.5290.01

Herr X hat in BL das Bus- und Tram-Museum.

Er setzt sich sehr für den Erhalt alter Gegenstände der BVB und für die Geschichte der BVB ein.

1. Wie kann Herr X vom Kanton geholfen werden?
2. Wenn jemand ein Museum betreibt, z.B. auf privater Basis, wohin kann man sich für eine mögliche Unterstützung hinwenden?
3. Nun ist die BVB von Basel-Stadt. Das Museum liegt aber in BL. Ist das ein Problem für eine mögliche Unterstützung?

Eric Weber

**21. Schriftliche Anfrage betreffend Verschlinkung der Verwaltung von Basel-Stadt**

14.5291.01

Kommunalpolitik erfasst den unmittelbaren Lebensraum der Menschen. Weil diese Politik als Dienst an der Heimat verstanden wird, haben die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Interesse an transparenten Entscheidungsprozessen.

Die Volks-Aktion will den interessierten Bürgern das Nachvollziehen von demokratischen Entscheidungen erleichtern. Daher auch unsere permanente Aufklärungs-Arbeit.

Politik auf allen Ebenen lebt von der aktiven Mitgestaltung. Eine funktionierende Demokratie braucht den Dialog ebenso wie die sachkundige Entscheidung mit engagierter Gestaltung.

Die Volks-Aktion liefert Know-how für die aktive Mitgestaltung der Basler Kommunalpolitik durch engagierte Staatsbürger. Wir wollen zum politischen Engagement anregen, zur eigenständigen Entscheidung, damit in der Demokratie der wichtige kritisch-konstruktive Dialog gefördert wird.

Viele Wähler sagen, die Verwaltung in Basel ist viel zu gross und hat zu wenig Arbeit. Viele Wähler machen sich über die „faulen“ Staatsangestellten (Zitat meiner Wähler) lustig. Das Wort ist nicht von mir. Es kommt von meinen Wählern. Ich gebe es hier nur weiter.

1. Wie kann eine Verschlinkung der Verwaltung von BS (Lean Management) erreicht werden?
2. Auf 100 Kantonseinwohner kommen wie viele Staatsangestellte?
3. Wie hoch war der Lohn, der in 2011 und 2012 an die Staatsangestellten bezahlt wurde? Bitte Gesamtsumme nennen.
4. Was ist der Durchschnittslohn, der ein Staatsangestellter erhält?

Eric Weber

**22. Schriftliche Anfrage betreffend Kommunalpolitik**

14.5292.01

Wissenschaftlich betrachtet befasst sich Kommunalpolitik mit den Problemen des tatsächlichen Funktionierens der Kommunalverwaltung.

Fragen der Kommunalpolitik sind z.B. der Stellenwert der Kommunen in der Gesellschaft, Entscheidungsverhalten, Personalpolitik, Parteien und Wählergruppen im Rathaus, aber auch Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen oder auch, insbesondere in letzter Zeit, Verschlankung der Verwaltung und Privatisierung.

1. Wo sieht die Regierung die grössten Probleme, die auf unseren Stadt-Kanton in den nächsten Jahren zukommen?
2. Wo sieht die Regierung eine gute Zukunft für unseren Stadtkanton? Bitte ein paar Beispiele nennen.
3. Schon als kleines Schuldkind lernte ich in Basel, dass unser Kanton ein paar Probleme hat, weil wir nur wenig Platz haben. Weil überall Grenzen sind, wie zu Frankreich, Deutschland oder zu Basel-Land. Wie können solche Grenzen am besten überwunden werden?
4. Basel-Stadt würde gerne mit Basel-Land fusionieren. Aber Basel-Land will nicht, weil ja Basel-Stadt die Zentrumsfunktionen (wie Uni, Theater, Sport und Freizeit, Museen) bitte weiterhin bezahlen soll. Oft ist die Rede, es soll einen Grosskanton Nordwest-Schweiz geben, der u.a. aus Basel-Stadt, Basel-Land, Teilen des Aargau und Teilen des Solothurn bestehen soll. Ist die Regierung Basel-Stadt für einen Grosskanton Nordwest-Schweiz?

Eric Weber

**23. Schriftliche Anfrage betreffend Privatisierung kommunaler Aufgaben**

14.5293.01

Ich lese jeden Tag viele Zeitungen, wie Basler Zeitung, Basellandschaftliche Zeitung, 20 Minuten, Blick am Abend, Blick, Bild, Le Monde, Frankfurter Allgemeine Zeitung oder Der Schlesier. Jeden Tag lese ich, dass viele Städte oder Kantone ihr Vermögen verscherbeln und dass viele Staatsbetriebe privatisiert werden.

Während früher die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in privatrechtlicher Form eher kritisch gesehen wurde (Schlagwort von der „Flucht ins Privatrecht“) und deshalb auch bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen dem Eigenbetrieb grundsätzlich der Vorrang zukam, so wird das heute ganz anders gesehen. Oftmals ist eine Privatisierung kommunaler Aufgaben gewünscht.

1. Wie sieht die Regierung die Privatisierung kommunaler Aufgaben?
2. Bitte sagen Sie uns, was wurde in den letzten 10 Jahren alles in unserem Kanton privatisiert?
3. Haben wir in Basel eine haushaltsrechtliche Vorschrift, die ausdrücklich dazu verpflichtet, Aufgaben in geeigneten Fällen daraufhin zu untersuchen, ob und in welchem Umfang sie durch nichtkommunale Stellen, insbesondere durch private Dritte oder unter Heranziehung privater Dritter, mindestens ebenso gut erledigt werden können?
4. Wenn wir in Basel diese Haushalts-Vorschrift nicht haben, wie kann eine solche Pflicht bitte eingeführt werden?

Eric Weber

**24. Schriftliche Anfrage betreffend warum wohnen 19% der Basler Staatsangestellten im Ausland?**

14.5294.01

Ich habe in einem Zeitungsartikel von Anfang Jahr gelesen, dass rund 19% der Basler Staatsangestellten im Ausland leben. Ich war, obwohl Grossrat und Journalist, erstaunt. So eine hohe Anzahl hätte ich nicht gedacht. Ich war beinahe von der Zahl erschlagen. Durch meine Festeinstellung in der Stadtgärtnerei Basel weiss ich, dass dort rund 95% Ausländer arbeiten. Es sind vor allem Elsässer. Mit denen man sich sehr gut versteht, sind die meisten davon doch stramme Le Pen-Wähler.

Dennoch will ich nun als Grossrat mehr von der Regierung wissen.

1. Wie viele Staatsangestellte hat unser Kanton?
2. Wie viele Staatsangestellte sind Schweizer, Deutsche, Franzosen oder kommen aus anderen Ländern?
3. Wie viele Staatsangestellte von Basel-Stadt haben einen Wohnsitz in Frankreich, Deutschland, Italien, Russland, USA oder Spanien?
4. Wie ist das überhaupt möglich, in Frankreich oder Deutschland zu wohnen, aber gleichzeitig in Basel zu arbeiten?
5. Müsste Basel-Stadt nicht den Vorzug geben zuerst an Schweizer, an arme Basler, die keine Arbeit haben? Warum hat die Kantonsverwaltung Basel den höchsten Ausländer-Anteil, weltweit, von Staatsangestellten?
6. Die Abstimmung vom 9. Februar 2014 sagt klar, Vorzug an Schweizer. Warum sind dann noch so viele Elsässer beschäftigt? Oder haben wir die Abstimmung falsch verstanden?

Eric Weber

**25. Schriftliche Anfrage betreffend wie viel Basler Staatskapital liegt im Ausland?**

14.5295.01

Über die starke kapitalmässige Verflechtung von Basel-Stadt mit dem Ausland liegen nur Schätzungen vor. Der Bürger wünscht sich Sicherheit. Der Bürger hat immer mehr Angst vor der EU.

1. Hat die Basler Kantonalbank Vermögen im Ausland? Wenn ja, welches?
2. Hat der Kanton Basel-Stadt einen Goldschatz? Ist der Kanton Besitzer von Gold-Reserven? Wenn ja, wo lagern diese?
3. Hat die Basler Kantonalbank offene Bankforderungen gegenüber dem Ausland?
4. Besitzt der Kanton Basel-Stadt ausländische Wertschriften?
5. Besitzt der Kanton Basel-Stadt ausländische Grundstücke?
6. Welche Grundstücke besitzt der Kanton Basel-Stadt in der Schweiz? Ich erinnere mich, ich war als Kind in Skilagern. Diese Häuser gehörten dem Kanton Basel.
7. Der Trend ist dieser: Basel-Stadt verkauft immer mehr Ferien-Anlagen. Welche Ferienanlagen, z.B. in den Alpen, wurden in den letzten Jahren verkauft? Bitte eine Auflistung machen. Danke.

Eric Weber

**26. Schriftliche Anfrage betreffend wie viele Staatspräsidenten haben ihr Geld auf der Basler Kantonalbank?**

14.5296.01

Es ist immer das gleiche Spiel: Schweizer Banken haben viel Geld von mehreren Staatspräsidenten gebunkert. Hat ein Staatspräsident Probleme, dann kann man oft lesen, seine Gelder auf dieser oder jener Bank werden gesperrt. Aber nur im Zusammenhang mit Krisen bekommt der Bürger mit, wo überhaupt Gelder gelagert sind.

Hat der ausländische Staat keine Probleme, bekommen wir in Basel gar nichts mit.

1. Welche Staatspräsidenten haben Ihre Gelder auf der Basler Kantonalbank?
2. Wenn man keine Antwort geben will, warum ist dies der Fall?
3. Warum erfährt der Zeitungsleser aber immer wieder, wenn ein Staat in Problemen ist, dass die Gelder nun gesperrt sind? Dann erfährt man es doch auch.
4. Wie ist es mit Ausländischen Geldern in Basel? Kann man sagen, dass 30% aller Einlagen auf der Basler Kantonalbank von Besitzern aus dem Ausland sind? Wie ist das Verhältnis des Vermögens zwischen Leuten, die in Basel oder dem Ausland leben, bei den Einlagen bei der Kantonalbank?

Eric Weber

**27. Schriftliche Anfrage betreffend Doppelbürgerrecht - was ist möglich und was ist nicht möglich (Ständerat in Basel und gleichzeitig Landtagsabgeordneter in Sachsen)?**

14.5297.01

Im Ausland entscheidet oft nicht die Abstammung über das Bürgerrecht, sondern der Geburtsort oder eine Niederlassung von bestimmter Dauer. Das führt leicht zu Doppelbürgerrechten und zu Konflikten, etwa bei der Befugnis zu militärischen Aufgeboten. Nun habe ich das Glück, dass ich zwei sehr hübsche Töchter habe. Diese müssen nicht ins Militär. Aber sie wollen auch, wie der Papa und der Opa, in den Basler Grossen Rat.

Meine Töchter haben einen Schweizer und einen Deutschen Ausweis. Meine Töchter könnten z.B. für die CDU im Sächsischen Landtag als Abgeordnete tätig sein oder auch im Basler Grossen Rat als Grossrat. Als Ständerat von Basel kann man auch im Ausland leben.

1. Wenn ein Basler Ständerat im Ausland lebt, gleichzeitig die Schweizer und deutsche Staatsbürgerschaft hat, kann er dann zeitgleich auch Mitglied im Sächsischen Landtag sein? Oder gibt es hier ein Gesetz, das dies nicht erlaubt.
2. Anders gefragt: Kann ein Doppelbürger (CH, BRD) z.B. gleichzeitig in der Politik in Basel und in Deutschland mitmischen? Kann ein Doppelbürger (CH, F) gleichzeitig in der Politik in Basel und Frankreich mitmischen?
3. Kann ein eingebürgerter Türke z.B. in Basel Ständerat sein und gleichzeitig Stadtrat im Parlament von Istanbul?

Eric Weber

**28. Schriftliche Anfrage betreffend wann kann ein Schweizer in seine Heimatgemeinde abgeschoben werden?**

14.5298.01

Obwohl in Staatskunde der beste Schüler, weiss selbst ich nicht alles. Immer wieder kann es zu Problemen kommen, wenn Menschen in Not sind.

Wer das Bürgerrecht einer Gemeinde besitzt, hat im Notfall Anspruch auf ihre Unterstützung, gleichgültig, wo er sich aufhält. Infolge der Bevölkerungsbewegung suchen allerdings die Kantone im Armenwesen (Art. 45 BV) das Heimat-durch das Wohnortsprinzip zu ersetzen, und sie haben untereinander entsprechende Abmachungen getroffen. Ein Bedürftiger kann jedoch in seine Heimatgemeinde abgeschoben werden, wenn diese einen angemessenen Beitrag an seine Unterstützung verweigert. In der Heimatgemeinde darf man ihm die Niederlassung auf keinen Fall verweigern. Ein Schweizer Bürger kann also nicht des Landes verwiesen werden.

1. Wie sind die Regelungen heute in Basel? Kann ein Schweizer von Basel in seine Heimatgemeinde abgeschoben werden?
2. Wie sehen die Regelungen zwischen den Kantonen heute aus?
3. Heimatgemeinde für Menschen die in Basel wohnen, die aber ihre Heimatgemeinde woanders haben, was bedeutet das konkret? Bitte ein paar Fallbeispiele nennen. Danke.
4. Wie viele Basler haben nicht Basel-Stadt als Heimatgemeinde?

Eric Weber

**29. Schriftliche Anfrage betreffend Grundrechte, die in Basel verletzt werden – wie viele Parlamentarier werden auch weiterhin überwacht und hinterhältig bespitzelt?**

14.5299.01

Die Grundrechte regeln das Verhältnis zwischen dem Einzelnen sowie Staat und Gesellschaft. Sie sollen das Individuum in seiner Würde und in der Entfaltung seiner Persönlichkeit vor behördlichen Übergriffen bewahren. Die Grundrechte umfassen vor allem die Glaubens-, Gewissens- und Kulturfreiheit, die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung und des Post- und Telegrafengeheimnisses.

Vor 5 Jahren war in den Schlagzeilen, dass viele türkisch-stämmige Grossräte von Basel-Stadt überwacht werden. Auch der Schreibende dieser Zeilen, Grossrat Eric Weber, hat eine lange Schweizer Stasi-Akte. Darin war vor allem vermerkt, was er alles in den verschiedensten Zeitungen publizierte und wann Eric Weber in der DDR oder in Prag war. Auch war ein Besuch auf der Botschaft der DDR in Bern erfasst, nebst vielen anderen Nebensächlichkeiten. Daraus konnte ich schluss-folgern, dass mein Postfach überwacht wird.

1. Wie viele Grossräte werden noch heute staatschutzmässig überwacht?
2. Warum werden Grossräte überhaupt überwacht?
3. Wer überwacht denn die Überwachungs-Organen? Oder ist das ein Geheim-Staat im Staate, zum Nachteil der Schweizer Bevölkerung?
4. Nehmen wir an, der Staat bespitzelt die Person S.A. oder J.T. – beide Personen sind in Basel politisch tätig. Können Betroffene Einsicht in Ihre Akte bei der Polizei Basel-Stadt erhalten?
5. Wenn man Akteneinsicht in seine Polizei- oder Staatsschutz-Akte haben will, wo kann man bitte einen Antrag stellen?

Eric Weber

**30. Schriftliche Anfrage betreffend gibt es noch den Amtszwang im Kanton Basel-Stadt?**

14.5300.01

Neben der Eidgenossenschaft können auch Kantone und Gemeinde Pflichten festsetzen: mancherorts existiert der Amtszwang, d.h. die Verpflichtung, öffentliche Funktionen zu übernehmen, z.B. als Vormund oder als Mitglied eines Stimmausschusses. Immer mehr Bürger interessieren sich nicht mehr für die Politik. Nehmen wir an, es wird gewählt und keiner geht mehr hin.

1. Gibt es den Amtszwang noch im Kanton Basel-Stadt? Wenn nein, wann und warum wurde dieser abgeschafft?
2. Angenommen, für die nächste Grossrats-Wahl 2016 melden sich nur 79 Kandidaten. Aber es sind ja 100 Sitze zu vergeben. Kann dann der Kanton Schweizer dazu zwingen, für den Grossen Rat zu kandidieren?
3. Wenn sich nur 79 Bürger für 100 Grossrats-sitze bewerben, ist dann die Grossrats-Wahl dennoch normal durch zu führen? Was würde mit den restlichen 21 leeren Sitzen passieren? Würden diese zwangs-vergeben?

Eric Weber



**31. Schriftliche Anfrage betreffend Arbeitsteilung zwischen Bund und Kanton Basel-Stadt - Wie ist hier die Situation heute? In welche Trend-Richtung geht es?**

14.5301.01

Viele Bürger der EU haben Angst, dass die EU immer mehr übernimmt und die einzelnen Länder wie Frankreich, Italien oder Spanien nichts mehr zu sagen haben. Eine ähnliche Angst geht in Basel um. Viele Basler meinen, dass der Bund (die Schweizerische Eidgenossenschaft) immer mehr Aufgaben der Kantone übernimmt und diese damit entmündigt.

Die Eidgenossenschaft als ein Bundesstaat steht vor der Frage, wie Aufgaben und Befugnisse auf den Bund und die Kantone zu verteilen seien. Der Tendenz nach gibt es zwei Möglichkeiten: Der Zentralismus erwartet das Heil vom Gesamtsaat und möchte deshalb seine Zuständigkeit erweitern. Der Föderalismus (lat. Foedus = das Bündnis) dagegen meint, im Bundesstaat hätten sich gleichwertige Partner freiwillig zusammengefunden, um in Gemeinschaft zu leben, gleichzeitig jedoch ihre Eigenart nach Möglichkeit zu bewahren.

Der zentralistisch regierte Staat arbeitet gewöhnlich rascher und bietet eher eine Bild der Einheit. Denn er ernennet seine Verwaltungsorgane selbst und lenkt sie von einer Stelle aus (z. B. die Präfekten in Frankreich). Am deutlichsten zeigen sich diese Vorzüge wohl in der Aussenpolitik und beim Wehrwesen. Dagegen läuft der Zentralstaat eher Gefahr, seine Bürger zu uniformieren und in ein Schema zu pressen.

Für die Schweiz mit ihren mannigfachen Minderheiten ist der Föderalismus bestimmt angemessener, selbst wenn er sichtbare Ergebnisse oft später und erst nach langem Debattieren und Seilziehen erreicht. Manches Problem löst sich eben leichter in der Selbstverwaltung der kleineren Einheiten, der Gemeinden und Kantone, und durch ihr Recht, ihre Behörden selber zu wählen. Im kleinen Raum ist man mit den lokalen Verhältnissen noch vertraut und nimmt auf sie Rücksicht. Bei Wahlen kennt man die Kandidaten meistens, und so fühlt sich der einzelne hier eher als mitbestimmendes und mitverantwortliches Glied eines Gemeinwesens.

1. Basel-Stadt hat eine Interessenvertreterin in Bern, mit dortigem Büro. Was sind Ihre neusten Aktivitäten?
2. Was unternimmt die Regierung konkret, dass wir in Basel nicht zu viel Recht aus Bern übergestülpt erhalten? Was unternimmt Basel-Stadt, damit Basel weiterhin möglichst viel selbst bestimmen kann?
3. Welche Rechte sind in den letzten Jahren vom Kanton an den Bund übergegangen?
4. Was für eine Arbeitsteilung gibt es zwischen unserem Kanton und dem Bund?
5. Wo erhält der Kanton Unterstützung vom Bund?
6. Wo könnte der Kanton mehr Hilfe und Unterstützung vom Bund erhalten?

Eric Weber

**32. Schriftliche Anfrage betreffend verbotenes Deutsches Hoheitszeichen am ehemaligen Konsulat vom Dritten Reich bei der Pauluskirche**

14.5302.01

Bei der Tramhaltestelle in der Nähe von der Pauluskirche befand sich in einem Eck-Haus das Konsulat vom Dritten Reich, später der BRD und zuletzt das Spanische Konsulat. Die Diplomaten sind alle ausgezogen.

Aber ganz neu hängt an diesem Gebäude das offizielle Hoheitszeichen der Bundesrepublik Deutschland. Das Hoheitszeichen der BRD darf aber nur verwendet werden, wenn man vom Deutschen Staat eine Genehmigung hat. In diesem Fall ist das scheinbar nicht der Fall und das Schild wird zu Werbe-Zwecke missbraucht, damit die Leute auf das Haus und die jetzt dort ansässige Firma aufmerksam werden.

1. Wenn in diesem Gebäude kein Deutsches Konsulat mehr ist, warum hängt über dem Eingangsbereich das Deutsche Hoheitszeichen?
2. Kann der Kanton die betreffende Firma anschreiben und die Abnahme des Bundesadlers verlangen? Da es sich hier nicht um eine offizielle Einrichtung der BRD handelt.
3. In Basel gibt es doch weiterhin ein Deutsches Konsulat. Es ist scheinbar in einem Nebengebäude vom Badischen Bahnhof eingerichtet, ist heute aber nur noch ein niederschwelliges Honorar-Konsulat. Was ist der Unterschied zwischen Konsulat und Honorar-Konsulat?
4. Können auf dem Deutschen Konsulat in Basel auch Asylgesuche abgegeben werden?

Eric Weber

**33. Schriftliche Anfrage betreffend internationaler Status auf dem Rhein in Basel**

14.5303.01

Seit 1918 ist die Schweiz als Rheinuferstaat anerkannt und hat damit das Recht auf Freiheit der Schifffahrt bis ins offene Meer erworben. Wie kompliziert die Schifffahrt auf dem Oberrhein war, vermag man daraus zu erkennen, dass bis in die vierziger Jahre ein flachgehendes kleines Dieselboot leere Kähne von Basel nach Kehl schleppte, um dann mit der Bahn wieder nach Basel transportiert zu werden. Im Jahre 1903 fuhr der erste Schlepper nach Basel. 1904 folgte die berühmte Fahrt des Schraubenschleppers „Knipscheer IX" mit dem Kahn „Christine", der 400 Tonnen Kohlen geladen hatte. 1909 kamen schon 91 Dampfer mit 100 Kähnen nach Basel und brachten 35'408

Tonnen Güter mit. Auch Personenfahrten wurden durch die Köln-Mülheimer Dampfschiffahrtsgesellschaft nach Basel durchgeführt. Ab 1907 fuhren die Dampfer „Christian Musmacher“, die „Mülheim am Rhein“ und ein in London gekaufter Themse-Dampfer in Basel. Basel wurde von 1840 bis 1850 von Passagierdampfern angefahren. Die technisch ungeeigneten Boote waren dem Einsatz oberhalb Strassburgs jedoch nicht gewachsen und die aufkommende Eisenbahn wurde dann für die Reisenden sicherer und schneller.

Erheblich später als auf dem Nieder- und Mittelrhein entwickelte sich die Dampfschiffahrt auf dem Oberrhein. Das erste Dampfschiff das nach Basel kam, war die „Stadt Frankfurt“ am 28. Juli 1832. 1838 kam es zur Gründung der Service Generale de. Navigation, die 2 Boote, nämlich die „Ville de Bale“ und die „Ville de Strasbourg“ zwischen Basel und Strassburg verkehren liessen.

1. Was bedeutet heute, das „Recht der Freiheit der Schifffahrt bis ins offene Meer erworben“ zu haben? Ist damit gemeint, dass Schweizer Schiffe keine Gebühren bezahlen müssen auf dem Rhein?
2. Wie viele Schiffe fahren unter der Flagge von Basel-Stadt? Wie viele Schiffe sind in unserem Kanton somit registriert? Die Frage betrifft nur die grossen Schiffe, also keine kleine Rhein-Schiffli.
3. Welches Recht herrscht auf dem Rhein-Wasser vor? Passiert ein Schiffs-Unfall auf dem Rhein, ist dann ein anderes Gericht zuständig? Da es sich beim Rhein um ein internationales Gewässer handelt?
4. Könnte sich Basel-Stadt vorstellen, dass man im Sommer wieder einen Linien-Schiffsverkehr von Basel nach Strassburg und zurück einführt?
5. Warum geht der Güterverkehr auf dem Rhein seit Jahren zurück?
6. Wie viele Hotelschiffe haben im letzten Jahr in Basel vor Anker gelegen?
7. Wie viel Geld muss ein Hotelschiff an Basel-Stadt abgeben, wenn es in Basel vor Anker liegt?

Eric Weber

#### **34. Schriftliche Anfrage betreffend Zirkus-Gastspiele in Basel – wird ein Zirkus bevorzugt?**

14.5304.01

Als Kind bin ich in jeden Zirkus. Mit meiner grossen Tochter musste ich teilweise in jeden Zirkus, der kam, gleich dreimal gehen. Sie war so begeistert. Ich kann mich noch erinnern, dass früher sehr gerne auch der Zirkus Sarrasani nach Basel kam. Dann gab es einmal einen Zirkus-Krach in Basel. Ich glaube, dass Zirkus Knie bessere Zeiten bekam, für seine Gastspiele in Basel. Und der Zirkus Sarrasani eine ungünstige Zwischenzeit.

1. Wenn der Zirkus Knie in Basel sein Zelt aufgestellt hat, wie viel muss der Zirkus für die Platz-Miete bezahlen?
2. Wird der Zirkus Knie in Basel bevorzugt behandelt?
3. Wie lange im Vorfeld muss ein Zirkus sich in Basel melden, damit er hier sicher auftreten kann?

Eric Weber

#### **35. Schriftliche Anfrage betreffend kann der Regierungsrat Einladungen an die Parlamentarier weiter geben?**

14.5305.01

Als Journalist weiss ich, dass es viele Einladungen für Presseleute und hohe Regierungsvertreter gibt. Bei einer Zeitung gehen meistens alle Einladungen an den Herrn Chefredaktor. Dieser kann aber unmöglich an allen Einladungen (Reisen, Essen, Modepräsentationen) teilnehmen und gibt 99% der Einladungen an seine Journalisten weiter.

So bekommt auch die Regierung Basel-Stadt viele Einladungen. Es ist unmöglich, diese alle wahr zu nehmen. Fast alle Basler Regierungsräte waren früher einmal selbst Grossrat. In diesem Zusammenhang wäre es doch sinnvoll, wenn der Regierungsrat Einladungen, die er nicht befolgen kann, gleichmässig an alle im Parlament vertretenen Parteien weiter gibt.

1. Kann der Regierungsrat die Einladungen, die er selbst nicht befolgen kann, an die Parlaments-Parteien weiter geben? Auf einen Verteilschlüssel aufgeteilt auf alle Parteien?
2. Der Regierungsrat hält regelmässig diverse Arbeitssessen ab. So z.B. trifft sich der Regierungsrat mit dem Gericht. Bei einem Mittagessen. Wie kürzlich im Hotel Merian oder war es Hotel Kraft. Hier funktioniert die Zusammenarbeit. Kann der Regierungsrat auch bitte einführen, dass es jedes Jahr für jede Partei, die im Grossen Rat ist, auch so ein Arbeitssessen gibt?

Eric Weber

**36. Schriftliche Anfrage betreffend immer mehr Bürger auf Abwegen – warum nimmt die Politikdistanz zu?**

14.5316.01

Die Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen führt häufig zu Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie zu Distanz gegenüber dem Gemeinwesen. Mündet aber politisches Misstrauen in politisches Handeln, werden die Folgen unter anderem in Wahlverweigerung bzw. sinkender Wahlbeteiligung gesehen sowie in Protestwahl- oder Denkmittelwahlverhalten, indem extreme, populistische oder „Spassparteien“ à la Eric Weber gewählt werden.

1. Was kann der Kanton gegen die Politik-Verdrossenheit tun?
2. Eine Zeit lang, gab es doch ein Rats-Fernsehen oder ein Rathaus-Fernsehen. Da informiert die Staatskanzlei. Mit etwas Mut kann aber dieser „Fernseh-Sender“ populär gemacht werden. Ganz einfach: Dass man Sendezeit für alle Basler Parteien gibt. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass man diesen Fernseh-Kanal für alle im Grossen Rat vertretenen Parteien öffnet?
3. Kann der Regierungsrat ein weiteres Fernseh-Team bilden, dass dann Filme macht, mit den Parteien, die im Grossen Rat vertreten sind? Ich kann Ihnen schon heute versprechen, dass dann die Zuschauerzahlen in die Höhe springen werden. Aber nur, wenn man alle Parteien bringt.
4. Gibt es das Jugend-Parlament Basel-Stadt noch?
5. Kann auch die Volks-Aktion einen Vertreter in das Jugend-Parlament entsenden?
6. Wie wird das Jugend-Parlament gewählt?

Eric Weber

**37. Schriftliche Anfrage betreffend Begrüssungsgeld für Grossrats-Besucher**

14.5317.01

Mir blutet oftmals das Herz. Die Grossrats-Tribüne ist leer. Ich bin der einzige Basler Grossrat, der immer so viel Gäste auf der Tribüne hat.

Als die DDR zusammen brach, hat die BRD das sogenannte Begrüssungsgeld bezahlt, an alle DDR-Bürger, die sich in West-Deutschland gemeldet haben.

Wir müssen was tun, dass sich mehr junge Menschen für die Politik interessieren. Auch alte Leute sind herzlich eingeladen. Denn diese haben ja mehr freie Zeit.

Könnte man dafür Sorge tragen, dass jeder Grossrats-Besucher 5 Franken bekommt, wenn er mindestens 15 Minuten auf der Tribüne ist?

Eric Weber

**38. Schriftliche Anfrage betreffend kann Basel in Eric Weber-Stadt umbenannt werden?**

14.5318.01

Bitte nicht lachen. Diese Anfrage ist vollkommen ernst gemeint und kein Hirngespinnst eines politisch Verrannten. Meine Mutter stammt aus Karl-MarxStadt. Nach dem 2. Weltkrieg wurde diese Stadt von Chemnitz in Karl-MarxStadt umbenannt, obwohl Karl Marx nie in dieser sächsischen Stadt war.

Meine Frau stammt auch aus der DDR und ist verwandt mit dem ehemaligen Chef-Ideologen der SED, Politbüromitglied und Chefredakteur des Neuen Deutschlands (damals Auflage von 7'000'000 Exemplaren), Kurt Hager.

Basel hat als Stadt abgewirtschaftet. Es muss ein Ruck durch die Stadt gehen. Die Volks-Aktion findet, das kann nur mit einem Namenswechsel gehen.

1. Dürfen Städte in der Schweiz umbenannt werden, wie z.B. Chemnitz auf Karl-Marx-Stadt?
2. Wäre es möglich, dass das Volk eine Abstimmung über einen Namenswechsel von Basel auf Eric Weber-Stadt durchführt?
3. Wieviele Unterschriften müssten für ein solches Volksbegehren in welcher Zeit gesammelt werden?

Eric Weber

**39. Schriftliche Anfrage betreffend wenn einem die Politik zu blöd wird?**

14.5319.01

Grossrat Eric Weber hat alles erreicht, was man als Grossrat nur erreichen kann. Jüngster Grossrat. Grossrat mit den meisten Parlaments-Anfragen. Einziger Wahlsieger der Grossratswahl von 2012, mit zwei Sitzgewinnen. Keine andere Partei konnte so stark zulegen. Grossrat Eric Weber hat alles erreicht. Er hat genug. Und will sich vor allem anderen Sachen widmen. Er sieht keine Zukunft mehr im Parlament.

In der Privat-Industrie ist es gang und gebe, dass man eine Abfindung macht. Auch z.B. wenn man Platz für andere Leute macht. Und unser Kanton wird ja auch wie eine grosse Firma geführt.

Eric Weber möchte gerne aus dem Parlament zurück treten. Er würde das auch machen. Aber nur mit einer Abgangs-Entschädigung von 24'000 Franken. Ich verspreche dann auch, ich werde nie mehr für das Parlament kandidieren. Und in Basel wird eine himmlische Ruhe einkehren.

Ich möchte auf Ende Jahr zurücktreten, aber nur bei einer Abfindung von 24'000 Franken. Kann mir der Regierungsrat oder das Parlament dieses Geld geben?

Eric Weber

#### 40. Schriftliche Anfrage betreffend wo kann man Müll kostenfrei entsorgen?

14.5320.01

Wir haben in Basel ein Müll-Problem. Ich habe in meinem Leben noch nie eine Müllmarke gekauft, da ich alles Geld in den Wahlkampf stecke. Denn ich will noch die Schlagzeile lesen: „Vom jüngsten Grossrat zum Alterspräsidenten – die lange Politkarriere des Eric Weber“.

Früher habe ich meinen Müll vor Asylheimen abgestellt. Später verteilte ich meinen Müll in öffentliche Mülleimer, im Zug oder im Tram. Aber wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, entdeckt man heute ganz neue und scheinbar legale, kostenfreie, Müllentsorgungs-Anlagen.

Bei der Mittleren Rheinbrücke, auf beiden Seiten des Ufers, stehen grosse blaue Tonnen. Auch stehen solche Tonnen beim Claraplatz. Es steht nirgends auf den Tonnen, dass man dort keinen Hausmüll oder sonstigen Müll reinwerfen kann.

1. Darf man in diese Tonnen bei der Mittleren Rheinbrücke seinen Müll entsorgen?
2. Darf man in diese blaue Tonne beim Claraplatz seinen Müll entsorgen?
3. Was schätzt die Regierung, wieviel Prozent Müllsünder gibt es in Basel?
4. Wo können arme Leute ihren Müll kostenfrei entsorgen? Denn es ist eine Frechheit, dass man für den Müll noch Geld bezahlen muss. So sprechen auch meine Wähler. Und wir werden ja von vielen Leuten als Müll bezeichnet, als Müll-Partei. Also sind wir Müll und wollen für den Müll nichts bezahlen. Müll zu Müll. Eric Weber zu Müll, so auch ein Spruch der Fasnacht.

Eric Weber

#### 41. Schriftliche Anfrage betreffend wenn Moslems nachts aus dem Fenster schreien

14.5321.01

Grossrat Eric Weber ist fast zu Tode erschrocken. Da laufe ich um 4 Uhr durch die Hirzbrunnenstrasse. Da schreit ein Mann aus dem Fenster. Ich dachte, das ist ein Irrer. Ein Kranker. Aber ich schaue genauer hin und kann erkennen. Im 2. Stock von einem Nebengebäude im Claraspital, an der Hirzbrunnenstrasse gelegen, schreit ein Mann aus dem offenen Fenster. Auf Türkisch, so denke ich. Oder ist es Arabisch. Ich weiss es nicht. Scheinbar betet der Mann nach Mekka.

Ich habe ihm zugerufen, er solle aufhören, die Leute wollen schlafen. Aber er rief immer weiter: Allah, Allah. Oder so ähnlich. Er hörte nicht auf. Ein paar Wochen später, der selbe Mann. Wieder nachts. Wieder brüllt er aus dem offenen Fenster. Ich denke, ich bin im falschen Film und werde jetzt aber die Regierung fragen.

1. Dürfen Hassprediger in Basel auftreten?
2. Darf man in Basel um 4 Uhr das Fenster öffnen und sehr sehr laute Gebets-Schreie ausrufen?
3. Wenn Gebets-Schreie in Basel erlaubt sind, von Moslems oder auch von Juden, zu welchen Uhrzeiten?
4. Wenn Gebets-Schreie erlaubt sind, dürfen wir von den Schweizer Demokraten und der Volks-Aktion auch das Fenster öffnen und rausschreien: Ausländer raus. Das ist unser Land.
5. Wir bitten den Regierungsrat, hier für klare Ordnung zu sorgen und auch mal die Spitalleitung anzuschreiben. Kann der Regierungsrat das Claraspital anschreiben, dass dieser Moslem eine Abmahnung und ein Gebets-Verbot bekommt?
6. Warum geht dieser Hassprediger nicht in die Moschee?

Eric Weber

#### 42. Schriftliche Anfrage betreffend wie sieht es um die Treffpunkte für Säufer aus?

14.5322.01

Auch Säufer sind Menschen. Meine Mutter lebt seit bald 40 Jahren mit so einem Pseudo. Als er wieder einmal betrunken war, wollte er mich umbringen. Ich war erst 16 und er hat mich fast zu Tode gewürgt. Er sagte zu mir: „Ich bring Dich jetzt um.“ Ich bekam keine Luft mehr, sah nur noch Blitze. Er warf sich mit seinen 140 Kilo auf mich, damals 45 Kilo leicht. Mein Bruder George Weber, heute Anwalt, hat mich befreit. Sonst wäre ich tot. Ich wollte dann

zur Polizei.

Aber meine Mutter hat mich im Keller eingesperrt und ich konnte nicht zur Polizei. Sie sagte mir: „Wenn Du zur Polizei gehst, dann musst Du ins Heim.“ Als Grossrat arbeite ich mein ganzes Leben auf. Und ich will alles sagen. Im Kleinbasel, in meinem geliebten Wahlkreis, treffen sich die Säufer direkt neben dem Kiosk am Claraplatz. Direkt im Zentrum vom Kleinbasel. Kein schönes Bild. Wenn Uhren- und Schmuckmesse ist, der Wahnsinn. Die Leute denken, was für eine Säuferstadt ist Basel. Im Internet steht ja schon, Basel ist eine Verbrecherstadt, wenn man das Wort „Basel ist“, eingibt.

1. Da die Säufer auch immer mehr Bänke vom Claraplatz einnehmen, das geht nicht. Was kann hier getan werden?
2. Als junger Grossrat habe ich angefragt, ob man mehr Bänke auf dem Claraplatz aufstellen kann, da dort zuviele Ausländer uns Schweizern den Platz wegnehmen. Ich hatte Erfolg und es gab wegen mir mehr Bänke. Nun muss ich fragen: Sieht die Polizei eine Möglichkeit, z.B. bei der Uhren- und Schmuckmesse die Säufer aus dem Stadtbild zu verbannen? In Weissrussland oder in Russland werden die Säufer einfach von der Polizei weg genommen, wenn ein wichtiger Anlass in der Stadt ist.
3. Wo gibt es Treffpunkte für Säufer? Wie sieht die Regierung das Claraplatzproblem?

Eric Weber

#### 43. Schriftliche Anfrage betreffend was macht die Sittenpolizei konkret?

14.5323.01

Immer wieder kann Grossrat Eric Weber lesen, dass in Basler Puffs den Mädchen der Ausweis abgenommen wurde. Weiter kann man lesen, dass die Konkurrenz bei den Prostituierten zunimmt. Schon für Fr. 50 kann man in der Ochsen-gasse die Dienste von jungen Rumäninnen in Anspruch nehmen. Es wird von Preistreiberei gesprochen.

1. Wieviele Mitarbeiter hat die Sittenpolizei Basel?
2. Was macht die Sittenpolizei konkret?
3. Verteilt die Sittenpolizei auch Kondome?
4. Arbeiten bei der Sittenpolizei auch Frauen?
5. Macht die Sittenpolizei auch Aufklärung für die Frauen, wie gefährlich Aids und andere Sexkrankheiten sind?

Eric Weber

#### 44. Schriftliche Anfrage betreffend wieviele Leute werden in Basel steckbrieflich gesucht?

14.5324.01

Auch Grossrat Eric Weber wurde in Basel schon gesucht und von 10 Polizisten nach einer langen Verfolgung gefunden. Die dachten, das ist eine Heldentat. In diesem Zusammenhang ist es doch interessant zu wissen, wie die Basler Fahndung arbeitet. Was die Basler Bevölkerung wissen darf. Wo Geheimnisschutz besteht.

1. Wieviele Mitarbeiter hat die Basler Fahndung?
2. Was macht alles die Basler Fahndung?
3. Warum ist die Basler Fahndung auch für die Beschützung von Staatspräsidenten und Bundesräten zuständig?
4. Wieviele Basler und wieviele Ausländer und wieviele Asylanten (bitte genaue Aufschlüsselung) werden zur Zeit von der Basler Fahndung aktiv gesucht?
5. Wieviele Leute werden steckbrieflich von der Basler Fahndung gesucht?
6. Wenn 60 Aussenminister im kommenden Dezember nach Basel kommen, wird dann die Basler Fahndung aufgestockt? Wenn ja, woher kommt das Personal? Aus anderen Kantonen? Und wer trägt diese Kosten?

Eric Weber

#### 45. Schriftliche Anfrage betreffend wenn Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind

14.5325.01

In immer mehr Zeitungen kann man Ratgeber-Texte erkennen. Der Leser braucht Hilfe und Halt in einer immer schneller lebenden Welt. Als ich meine Frau im Jahre 1993 kennen gelernt habe, da war alles noch etwas konservativer. Man ist noch nicht am ersten Tag gleich im Bett gelandet.

Wenn man heute junge Leute sprechen hört, man kommt nicht mehr mit. Die Leute kennen sich einen Tag und haben schon Sex zusammen. Viele Eltern, auch der Schreibende dieser Zeilen, ist damit manchmal überfordert und

daher werden diese Ratgeber-Seiten, sei es in Blick oder in 20 Minuten, sehr gerne gelesen. Solche Infos aus der Zeitung sind sehr hilfreich.

1. Was können Eltern tun, wenn sie nicht wollen, dass ihre Tochter (15) mit einem Mann (20) Sex hat. Ist dies erlaubt? Wie ist das geregelt?
2. Was für Eltern-Beratungsstellen gibt es im Kanton Basel?
3. Wieviele Kinderschwangerschaften gab es in Basel in den letzten Jahren?
4. Die Ärzte müssen doch melden, wenn ein Kind sagt, es wurde geschlagen. Wie ist es hier mit der Meldepflicht?
5. Was für eine Aufgabe haben die Jugendämter in Basel? Für was ist ein Jugendamt zuständig?
6. In jeder Familie gibt es einmal Krach. Man kann auch alles übertreiben. Aber wieviele Jugendliche werden vom Jugendamt betreut?
7. Wieviele Jugendliche leben in Basel in einem Heim?

Eric Weber

**46. Schriftliche Anfrage betreffend wo kann man die Schulden der Basler einsehen**

14.5326.01

Man weiss ja, wie die Leute über andere Leute leider oftmals schlecht reden und herziehen. Der hat Schulden, es stand sogar in der Zeitung. Der oder die sitzt sogar noch im Parlament. Negativmeldungen machen immer sehr schnell die Runde und die Medienmeute setzt da gerne an.

Kann man in Basel einsehen, welche Leute Schulden haben? Wird dazu ein Verzeichnis geführt?

Eric Weber

**47. Schriftliche Anfrage betreffend Politik erfolgreich machen**

14.5327.01

Unter dem Dach vom Staatskundeunterricht vereinen sich vielseitige Bildungsformate im Bereich Politikmanagement. Auch der fachpolitische Weiterbildungsbedarf auf kommunaler Ebene wächst. Basel-Stadt sollte sich darauf einstellen.

Immer mehr Schweizer fühlen sich aber von der Gesellschaft ausgeschlossen und suchen ihre Freude im Alkohol, in der Sexsucht, im Drogenrausch oder schliessen sich Sekten oder obskuren politischen Gruppen an. Ehemals grosse Parteien verlieren ihre Wähler und ihre Mitglieder. Neue Parteien, wie die GLP oder die Volks-Aktion (VA) entstehen.

1. In welchen Klassen wird heute in Basel Staatskunde-Unterricht gegeben?
2. Wo können sich Erwachsene heute kommunal-politisch in Basel weiterbilden?

Eric Weber

**48. Schriftliche Anfrage betreffend wer mitmachen will, den soll man auch mitmachen lassen**

14.5328.01

Eric Weber machte aktiven Wahlkampf und sagte den Wählern: „Bitte wählt mich. Ich will wieder in den Grossen Rat. Ich bin ein Star.“ Die Staatsanwaltschaft hat Eric Weber verhaftet und meint, er hätte die Wähler manipuliert.

Eric Weber wurde ins Gefängnis gesteckt. Haben wir die Massstäbe für Schuld oder Unschuld, für Vorsatz oder Fahrlässigkeit, für Wichtiges oder vergleichsweise Nichtiges völlig verloren?

Das ist eine interessante politische Diskussion, die in Basel seit Oktober 2012 die Schlagzeilen beherrscht. Erst den Rekord-Auftritt von Eric Weber auf youtube mit rund 250'000 Klicks. Auf www.baz.ch waren es 365'000 Klicks.

Dann folgte die Fasnacht. Und bald kommt der Schauprozess gegen Eric Weber. Eric Weber sagt: „Ich gehe nie mehr ins Gefängnis zurück.“ In fast allen Onlinemedien ist Eric Weber die meistgeklickte Geschichte.

Eric Weber ist Grossrat. Eric Weber ist aber in keiner einzigen Kommission. Die Kommissionen sind parlamentarische Ausschüsse, die vom Parlament gewählt worden sind. Eric Weber ist damit ein wichtiges Arbeitsinstrument genommen und er muss seine politische Energie über Schriftliche Anfragen abarbeiten. Eric Weber will gestalten. Mitmachen. Er fühlt sich aber ausgeschlossen.

1. Was kann ein fraktionsloser Grossrat tun, damit er mehr mit der Regierung in Kontakt kommt?
2. Kann ein fraktionsloser Grossrat auch Kontrollfunktionen übernehmen, auch wenn er in keiner Kommission Mitglied ist?

Eric Weber

**49. Schriftliche Anfrage betreffend Populismus, der immer stärker wird, was meint die Regierung dazu**

14.5329.01

Wir haben Nachbarn in Frankreich. Wir haben Nachbarn in Deutschland. Im Elsass hat der Front National fast 30 Prozent. Stärkste Partei. In Deutschland kommt die AfD an der Grenze zu Basel auf 10 Prozent. Eric Weber war bei Le Pen. Eric Weber war bei der AfD. Alle Bilder davon auf der Homepage [www.ericweber.net](http://www.ericweber.net).

Wahlen stellen ein Risiko für Etablierte dar. Immer wenn das Volk an die Urne darf, dämmert es, wer eigentlich der Souverän in der Demokratie ist: das Volk. Deshalb wird alarmistisch vor „Populisten“ gewarnt. Doch was meint „Populist“? Das Wort kommt von Populus, lateinisch für Volk. Ärgerlicherweise haben „Populisten“ nämlich ihr Ohr am Volk und erdreisten sich, hartnäckig den Unmut über Missstände laut zu artikulieren, die Herrschende am liebsten ausblenden.

Eric Weber ist der einzige Basler Politiker, der mit den Wahlsiegern seit 30 Jahren in Kontakt steht. Karl Schnyder hatte Angst vor Le Pen, wollte diesen nicht in Basel auftreten lassen. Die Volks-Aktion schrieb dann im Spektrum der Parteien, dass Le Pen von der Flughafenterrasse hinüber auf die Schweiz sprechen würde.

1. Wenn Le Pen, Alterspräsident vom Europa-Parlament, in Basel einen Besuch abstatten will, würde er von der Regierung empfangen? Herr Le Pen würde sich über eine Einladung sehr freuen.
2. Wenn der Front National der Regierung zu extrem erscheint, würde die Regierung einen Europa-Abgeordneten der AfD, der aus BadenWürttemberg kommt, Bernd Kölmel, in Basel empfangen?
3. Wie verhält es sich ganz allgemein mit Gesprächswünschen mit der Basler Regierung?

Eric Weber

**50. Schriftliche Anfrage betreffend wo kann man Fördergelder überall beantragen?**

14.5330.01

Viele Bürger sagen, es ist einfach nur unfair. Viele Vereine bekommen Förderungen. Man spricht von einem Förder-Dschungel. Als Bürger hat man schon längst die Übersicht verloren. Viele Bürger machen irgend eine Arbeit und bekommen dazu viel Geld, als Förderung, als Zuschuss. Man sagt, man fängt die unterschiedlichen Meinungen und die politische Stimmung der Basler ein, schon ist man in einem Fördertopf und bekommt viel Geld für seine selbst geschaffene Arbeitsstelle.

1. Was für Förderungen können Parteien in Basel beantragen?
2. Was für Förderungen können Vereine in Basel beantragen?
3. Was für Förderungen können Einzelpersonen beantragen?
4. Was für Förderungen können Gruppen, Initiativen beantragen?
5. Was für Wettbewerbe für Förderungen gibt es beim Kanton Basel-Sadt?

Eric Weber

**51. Schriftliche Anfrage betreffend wie liest man das Kantonsblatt richtig**

14.5331.01

In Staatskunde war ich Klassenbester. Note 6. Immer nur die Note 6. Als ich das kürzlich im Parlament sagte, hat ein Grossrat gelacht. Ich habe keine Probleme mit der Wahrheit und ich habe keine Probleme zu sagen, dass ich das und jenes nicht verstehe, obwohl ich schon seit 30 Jahren Grossrat bin und auch die nächsten 30 Jahre noch Grossrat sein möchte.

Aber ich verstehe das Kantonsblatt nicht ganz. Ich komme da nicht mit, was manchmal ganz genau gemeint ist. Wie man es liest? Was all das zu bedeuten hat?

1. Wenn man als Grossrat sich weiter bilden möchte, z.B. in Sachen Kantonsblatt, an wen kann man da bitte die Fragen stellen?
2. Oft steht im Kantonsblatt irgend was von Schulden. Es steht irgend etwas von Fristen. Ich verstehe das nicht so genau. Es kam auch nie im Staatskunde-Unterricht vor. Wer kann mir da bitte helfen?

Eric Weber

**52. Schriftliche Anfrage betreffend hat der einfache Bürger ein Anrecht auf eine Antwort?**

14.5332.01

Meine Mutter ist aus der DDR. Meine Frau ist aus der DDR. Ich war 20 Jahre Journalist in der DDR und dann in der Ex-DDR.

In 20 Jahren habe ich Land und Leute in Sachsen kennen und lieben gelernt. Es gibt ein schönes Sprichwort: In Sachsen, wo die schönen Mädchen auf den Bäumen wachsen.

Weil ich 20 Jahre in Sachsen lebte, deswegen traue ich mich auch, dies für mich festgestellt zu haben: Es gibt viele Dinge, um die es äusserst schade ist, dass sie nicht geblieben sind, wie sie in der DDR mal waren.

Dies ist mein Lieblingsbeispiel: Bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages gab es in der DDR das Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger. Diese Zusammenfassung der 14 Paragraphen ist völlig unzureichend, aber sie soll jetzt mal reichen: Jeder durfte Vorschläge, Hinweise, Anliegen oder Beschwerden vortragen und hatte das Recht auf eine offizielle Reaktion darauf. Davon können die Menschen heute, gerade wenn es um die Kommunikation mit Behörden geht, wohl nur träumen.

Denn solche Anrufe bei mir sind nichts Ungewöhnliches: „Ich weiss nicht mehr weiter, ich kriege einfach keine Antwort, können Sie mir als Grossrat helfen?“, fragte mich eine Kleinbasler Wählerin, die in Erfahrung bringen wollte, warum zwei Bäume in ihrer Strasse gefällt worden waren. „Die Frau in dem Departement sagte, sie würde sich kümmern, aber das ist jetzt zwei Wochen her und nichts ist passiert“, sagte ein anderer Wähler, der sich wegen vieler Glasscherben auf einem Veloweg an die Stadt gewandt hatte, und fragte mich: „Haben Sie eine Ahnung, was ich jetzt noch machen kann?“ Alle Beispiele haben etwas gemeinsam: Nicht nur meine Wähler dürfte die Antwort interessieren, sondern auch andere Anwohner. Also frage ich als Grossrat die Regierung an. Unter uns: Häufig reagieren die Ämter nicht nur auf die Anfrage oder das Anliegen von Grossrat Eric Weber, vielmehr wird gleich das Problem oftmals erledigt. Und alle sind ein bisschen froher - soweit die gute Nachricht.

Die weniger gute: als Grossrat kann ich das Eingabe-Gesetz nicht ersetzen. Und wie es damals in der DDR umgesetzt wurde oder heute greifen könnte, ist ohnehin ein anderes Thema. Aus diesem Grund: Ich hake bei der Regierung als Grossrat nach, wenn das Anliegen oder die Kritik von einem gewissen öffentlichen Interesse sind. Soll heissen: Wenn der Nachbar etwas macht, ärgert es mich und ich beschwere mich beim Departement, aber es ist keine Anfrage an die Regierung.

Darf dieser Tramfahrer so unfreundlich zu mir sein? Muss ich mir bei diesem Bäcker aufgebackene Brötli verkaufen lassen? Das Knöllchen war nicht gerechtfertigt, können Sie mir helfen, Herr Weber? Soweit mir das möglich ist, helfe ich bei solchen Fragen gern auf der Suche nach einem Ansprechpartner auch ausserhalb meiner Grossrats-Tätigkeit. Ich vermittele auch mal einen Kontakt. Aber eine Antwort garantieren? Tut mir leid, das geht nicht. Früher war das mal einfacher, als Eingabe.

1. Wie geht Basel-Stadt mir Bürgeranfragen um? Einzelne Wähler zeigen mir oftmals ganz stolz den Brief eines Regierungsrates. Wie sieht der Basler Regierungsrat Bürgeranfragen ganz allgemein?
2. Hat jeder Bürger Anrecht auf eine Antwort? In einer bestimmten Zeit?
3. Was ist der Unterschied zwischen Anfragen-Rekordhalter Eric Weber (in seiner Funktion als Grossrat) und einem störrischen Bürger, der bei der Kantonsverwaltung nicht mehr ankommt und den man einfach links liegen lässt? Anders gefragt: Wenn Grossrat Eric Weber eine Frage stellt, hat ein Bürger die Möglichkeit, genau diese Frage auch zu stellen oder arbeitet dann die Kantonsverwaltung anders?

Eric Weber

### 53. Schriftliche Anfrage betreffend warum landen die Basler Polizeidaten zuerst in Bern und kommen erst dann zurück nach Basel

14.5333.01

Viele Belange der Politik kommen ausser Kontrolle und der Normal-Bürger weiss gar nicht, was hinter den Kulissen so abgeht. Die Basler Polizei hat Daten zu Tätern, zu Einbrüchen, zur Kriminalität ganz allgemein und mehr. All diese Daten gehen zuerst nach Bern. Die Daten werden zuerst in Bern beim Bund abgegeben.

Erst danach kommen die Daten, womöglich noch abgefälscht, zurück nach Basel und kommen so auch zum Statistischen Amt. Wir Schweizer rühmen uns der direkten Demokratie, sind es aber nicht.

1. Warum gehen die Daten zuerst nach Bern und kommen dann zurück nach Basel?
2. Wie kann man da die Sicherheit haben, dass die Daten in Bern nicht abgeändert werden oder dass in Bern die Daten ganz anders erfasst als in Basel werden?
3. Es kann ja sein, dass Basel alle Straftaten genau an alle Länder-Gruppen wie Türkei, Algerien oder Kamerun zuweist. Aber Bern würfelt zusammen und fasst dann nur noch zusammen auf Schweizer oder Ausländer. Ist das so der Fall?

Eric Weber

### 54. Schriftliche Anfrage betreffend warum kommt der Gefängnisarzt nicht?

14.5334.01

Mein Hausarzt ist ein Freund von mir und ich kenne einen Gefängnisarzt privat. Daher kenne ich mich aus und daher will ich nun Antwort haben. Ich war eine Woche im Gefängnis. In Basel. Ich hatte Atemnot. Ich verlangte schriftlich und mündlich nach einem Arzt. Kein Arzt kam. Mein befreundeter Gefängnisarzt sagte mir, innerhalb welcher Frist ein Arzt kommen muss. Und dass es ganz klar sei, dass es bei einer Bagatelle (wie Schnupfen ohne Fieber) natürlich anders gehandhabt wird. Aber Atemnot (wegen Rauchfolterung im Gefängnis) ist keine Bagatelle.

1. Wieviele Gefängnisärzte hat es in Basel?



2. Von welchem Departement werden diese bezahlt?
3. Wenn ein Gefangener einen Arzt will, wie schnell dauert es dann, bis der Arzt bitte kommt?
4. Warum kam im Oktober 2012 kein Gefängnis-Arzt zu Grossrat Eric Weber?

Eric Weber

**55. Schriftliche Anfrage betreffend Stau in der Nauenstrasse und Stau ganz allgemein**

14.5335.01

Ein langjähriger Freund von mir und ein Sponsor der Volks-Aktion fährt fast jeden Tag in Grossbasel Auto, in Richtung Bahnhof SBB und Nauenstrasse. Schon vor dem Heuwaage-Viadukt kommt es oftmals zu langem Stau. Das ist nicht schön, für Geschäftsleute, die schnell von Punkt A zu Punkt B wollen. Da ich Kleinbasler bin und bleibe, kenne ich mich in Grossbasel nicht so sehr aus.

1. Was sind das für Baumassnahmen in der Nauenstrasse?
2. Es kommt zum Rückstau wegen der Nauenstrasse bis weit über den Heuwaage-Viadukt hinaus. Was sagen hier die Verkehrsplaner dazu?
3. Wann sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein, damit der Verkehr im Grossraum Bahnhof SBB wieder besser fliesst?
4. Welches sind die grössten Stau-Achsen in Basel? Ich kann es nicht wissen, da ich alles mit Tram, Zug (SBB - Badischer), Velo oder zu Fuss mache. Ich bin Öko und fahre nie in Basel mit einem Auto.

Eric Weber

**56. Schriftliche Anfrage betreffend Kompetenzen und Standards im Basler Politikunterricht**

14.5336.01

Man hat eine gute politische Urteilsfähigkeit, wenn man politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen kann.

Man hat eine gute politische Handlungsfähigkeit, wenn man Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren kann, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schliessen kann.

Methodische Fähigkeiten sind, sich selbständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren.

1. Was unternimmt der Regierungsrat, dass man junge Menschen besser an die Politik heran führt?
2. Über den Grassen Rat gibt es eine gute Info-Broschüre. Könnte man bitte auch eine solche Info-Broschüre über den Regierungsrat auflegen?

Eric Weber

**57. Schriftliche Anfrage betreffend wie politisch dürfen Politiklehrer sein?**

14.5337.01

In meinem konkreten Fall war es mein Klassenlehrer in der 10. Klasse, der keinen Tag ausgelassen hatte, Werbung für die „Partei X“ zu machen. Er hat zwar nie gesagt, „wählt die Partei X“, aber Aussagen wie „Diese Partei ist die einzige Partei, die vernünftige Politik macht“ oder „Wenn Partei X regieren würde, wäre das und das besser“. Seine Tendenz war eindeutig und hat uns Schüler (und damals auch mich) in der Meinungsbildung klar beeinflusst.

Nun meine Frage: Darf (bzw. durfte) er das?

Welche Partei hinter der „Partei X“ steckt, lass ich hier mal offen. Will ja niemanden politisch beeinflussen.

Gibt man in die Suchmaschine Google den Fragesatz „Wie politisch darf ein Lehrer sein?“ ein, so taucht die obige Schilderung als achttes oder neuntes Suchergebnis auf. Offenkundig bewegt die Frage, wie politisch ein Lehrer sein darf, immer noch die Gemüter.

1. Wie verhält es sich im Unterricht im Allgemeinen und im Politikunterricht im Besonderen?
2. Warum dürfen Basler Grossräte als Lehrer im Politikunterricht tätig sein?
3. Lehrer, die beim Kanton angestellt sind, sind diese Lehrer im Rahmen der Erfüllung ihrer Dienstpflicht zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet?

Eric Weber

**58. Schriftliche Anfrage betreffend warum sind immer mehr Bürger auf Abwegen?**

14.5338.01

Ich bekam es nur am Rande mit, es soll eine neue Publikation über Basel-Stadt geben. "Wir wollen mehr Demokratie wagen", erklärte Bundeskanzler Willy Brandt bei seiner ersten Regierungserklärung im Jahr 1969. Was ist von diesem hohen Anspruch geblieben?

45 Jahre später befindet sich die deutsche Demokratie in einem beunruhigenden Zustand. Sinkende Wahlbeteiligung, schrumpfende Volksparteien - Bürgerinnen und Bürger zeigen Verdruss gegenüber den Parteien und Politikern. So auch in Basel. Diese Anfrage befasst sich daher mit dem vielschichtigen Phänomen der Politikdistanz.

Politische Bildung möchte die Menschen befähigen, in politischen Fragen ein eigenes begründetes Urteil zu treffen und in unserer Demokratie aktiv mitzuarbeiten. Das Ziel der mündigen Bürgerin und des mündigen Bürgers, das schon seit langem propagiert wird, ist immer noch aktuell.

Wenn wir jedoch schon seit Jahren eine Abkehr vieler Bürger vom politischen Leben konstatieren, dann scheint die politische Bildung ihre Ziele deutlich zu verfehlen. Darum ist es gut, wenn das Thema im Rahmen der 500 Jahr-Feier Basler Rathaus, Ende August 2014 aufgegriffen wird.

1. Was ist das für eine neue Publikation über Basel-Stadt?
2. Geht diese Publikation einmal gratis (bitte) an jeden Grossrat, der das möchte?
3. Der Bürger kommt, wenn es Gratisessen und Gratistrinken gibt. Volksfest eben. Der Tag der offenen Tür im Basler Rathaus, am 23. August, ist ein erster richtiger Schritt. Kann das Rathaus-Fest bitte nicht jedes Jahr durchgeführt werden? Die Regierung hat so viel Geld für alle möglichen Sachen, aber das einfache Volk wird vergessen. Man kann es doch jedes Jahr einmal zünftig abgehen lassen und die Basler und Ausländer einladen, im Basler Rathaus auf Staatskosten zu feiern. Besteht eine Möglichkeit, dass der Regierungsrat das jedes Jahr einmal macht?
4. Sollte der Regierungsrat nicht jedes Jahr oder jedes zweite Jahr ein Rathaus- und Bürger-Fest machen, hätte der Regierungsrat was dagegen, wenn es dann das Parlament, der Grosse Rat, übernimmt? Und dass der Grosse Rat, die Volks-Vertretung, das Fest jedes Jahr machen wird? Jeder Deutsche Landtag hat einmal im Jahr ein Tag der offenen Tür. Nur Basel hinkt da hinterher mit der Bürger-Freundlichkeit.

Eric Weber

**59. Schriftliche Anfrage betreffend soll Basel ein Einwanderungsland werden?**

14.5339.01

Die Themen Migration und Integration haben sich in den vergangenen Jahren dynamisch zum eigenständigen Politikfeld entwickelt. Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sind sich einig, dass es sich um zentrale Themen der Zukunft handelt. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft, um ihren inneren Zusammenhalt, aber auch um die Herausforderung des demographischen Wandels. Die Themen Migration und Integration sind aber nicht nur in aller Munde, sondern zunehmend auch praktisches Politikfeld auf allen Ebenen – ob in der Eidgenossenschaft, den Kantonen oder im kommunalen Bereich, wo sich Zehntausende professionell oder ehrenamtlich mit diesen Themen beschäftigen.

1. Erkennt die Basler Regierung die Nöte und Sorgen der einheimischen Bevölkerung in Sachen Einwanderung?
2. Ich möchte die Regierung bitte einmal festlegen. Was für einen Anteil von Schweizern und Ausländern wünscht sich die Regierung für 2020, 2030 und 2040?
3. Ist die Regierung für Einwanderung?

Eric Weber